Dialog 18

ANALYSE

Konfliktstoff Rohstoffe

Chancen und Grenzen von Dialogprozessen und Kampagnen im Rohstoffsektor

Mitglied der actalliance

Brot für die Welt

Herausgeber
Brot für die Welt –
Evangelischer Entwicklungsdienst
Evangelisches Werk
für Diakonie und Entwicklung e. V.

Caroline-Michaelis-Straße 1
10115 Berlin

Telefon +49 30 65211 0
info@brot-fuer-die-welt.de
www.brot-fuer-die-welt.de

Autoren Heidi Feldt, Hannes Koch
Redaktion Heidi Feldt, Wolfgang Hees, Sven Hilbig, Hannes Koch, Maike Lukow, Martin Petry, Birgit Zimmerle
V.i.S.d.P. Klaus Seitz
Fotos Helge Bendl (S. 10/12), Pavel Losevsky/Fotolia (S. 24), Martin Petry (S. 13/14, 22, 39), Pax (Abbildung S. 15), Christoph Püschner (Titel, S. 17, 19, 21, 25), Kirsten Schwanke-Adiang (S. 30), Birgit Zimmerle (S. 23, 29, 31, 34)
Layout Büro Schroeder, Hannover
Druck die Umweltdruckerei GmbH, Hannover
Art. Nr.: 129 502 330

Spenden
Brot für die Welt –
Evangelischer Entwicklungsdienst
IBAN DE10 1006 1006 0500 5005 00
Bank für Kirche und Diakonie
BIC GENODED1KDB

Berlin, November 2016

ANALYSE

Konfliktstoff Rohstoffe

Chancen und Grenzen von Dialogprozessen
und Kampagnen im Rohstoffsektor

Inhalt

Vorwort 4

1. Fallbeispiele aus der Arbeit von Brot für die Welt 6
1.1 Brasilien: Entwicklung oder Zerstörung in der Carajás-Region 6
1.2 Tschad: Projekt der zwei Geschwindigkeiten 8
1.3 Sudan: Politik der verbrannten Erde 13
1.4 Demokratische Republik Kongo: Kriegsfinanzierung durch Bergbau 16

2. Spannungsfelder 20
2.1 Arbeiten im fragilen Kontext 21
2.2 Kampagne oder Dialog? 22
2.3 Verknüpfung von allgemeinen Standards mit konkreten Prozessen 28
2.4 Unternehmensstrategien 30

3. Strategische Bausteine für Kampagnen- und Dialogprozesse 32
3.1 Stärkung der Zivilgesellschaft und Erkennen von Konflikten 32
3.2 Schutz der Aktivistinnen und Aktivisten aus der Zivilgesellschaft 32
3.3 Vertrauen aufbauen 34
3.4 Alternativen entwickeln 35
3.5 Kritische Reflexion des eigenen Handelns 37
3.6 Informationsarbeit und Kooperation mit der Wissenschaft 37
3.7 Internationale Netzwerkarbeit 39
3.8 Arbeitsteilung und Risikomanagement 40
3.9 Langfristiges Engagement 41

4. Schlussbetrachtung 42

Vorwort

Trotz globaler Wirtschafts- und Finanzkrisen sind Rohstoffe weltweit mehr gefragt als je zuvor. Mit der Globalisierung von Produktionsprozessen und Dienstleistungen ab den 1980er Jahren ist der weltweite Verbrauch an mineralischen und energetischen Rohstoffen um über 80 Prozent gestiegen. Der 2015 einsetzende Preisverfall für zahlreiche Rohstoffe könnte diesen Trend noch verstärken. Zudem wird die globale Mittelschicht, insbesondere im asiatisch-pazifischen Raum, in den kommenden Jahrzehnten stark wachsen – und mit ihr der Rohstoffverbrauch. Für Asien und Pazifik wird ein Wachstum der Menschen mit mittlerem Lebensstandard, bis 2030, von gut einer halben Milliarde auf über drei Milliarden prognostiziert. Ein verantwortungsvoller Umgang mit Ressourcen und den aus ihrem Abbau entstehenden sozialen Konflikten und Umweltzerstörungen wird demnach auch zukünftig eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe bleiben. Diese stellt sich auch für entwicklungspolitische Hilfswerke wie Brot für die Welt, die über ein breites Partnerspektrum im globalen Süden verfügen.

Grundsätzlich kann der Abbau natürlicher Rohstoffe der Wirtschaft eines Landes und auch dem sozialen Fortschritt seiner Bevölkerung dienen. Eine solche Entwicklung ist allerdings an eine Reihe ökonomischer, politischer und rechtlicher Bedingungen geknüpft, die in den meisten Entwicklungs- und Schwellenländern nicht gegeben sind. Der Human Development Index (HDI) zeigt, dass Menschen in vielen Staaten keine Verbesserung ihrer Lebensumstände erfahren, wenn Regierungen und Unternehmen in ihren Ländern einen massiven Abbau energetischer und mineralischer Rohstoffe mit jährlichen Wachstumsraten von fünf Prozent und mehr zu verzeichnen haben. Laut HDI hat sich der Wohlstand der Menschen in einigen Staaten durch den verstärkten Rohstoffabbau sogar verschlechtert. Vor Beginn der Erdölförderung 2002 stand beispielsweise der Tschad auf Platz 166. Im Jahre 2014 belegte das Land nur noch Platz 184.

Solche Fehlentwicklungen haben vielfältige Ursachen. Die Gewinnung der Rohstoffe findet zum einen häufig auf Kosten von Menschenrechten und Umwelt statt. Großprojekte führen zur irreversiblen Zerstörung ganzer Landstriche und entziehen den dort lebenden Menschen ihre Lebensgrundlage, ohne ihnen Alternativen zu bieten. Die Gewinne aus dem Rohstoffabbau kommen zum anderen nur wenigen Akteuren zugute. Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger und vor allem die lokalen Gemeinschaften in den Abbau- und Förderregionen profitieren meist kaum von den erzielten Gewinnen. Gerade letztere sind häufig Leidtragende der negativen Begleiterscheinungen des Abbaus, da die Regierungen oft nicht willens oder in der Lage sind, die Rechte der Bevölkerung gegenüber wirtschaftlichen Eliten zu schützen.

Die Konsequenzen des Ressourcenabbaus in den Fördergebieten beschäftigen seit vielen Jahren zahlreiche Partnerorganisationen von Brot für die Welt. Viele Partnerorganisationen, deren Aufgabe beispielsweise in der Förderung ländlicher Entwicklung besteht, widmen inzwischen einen Teil ihrer Arbeit der Analyse von Folgewirkungen des Rohstoffabbaus und der Betreuung von betroffenen Menschen vor Ort.

Da ein nennenswerter Anteil der natürlichen Rohstoffe aus Entwicklungs- und Schwellenländern in die Industrienation Deutschland exportiert wird, wenden sich Partnerorganisationen mit der Bitte an Brot für die Welt und Misereor, gemeinsam auf die in ihrem Land tätigen Unternehmen und die Importeure in Deutschland Einfluss zu nehmen. Im Fall der in Brasilien gelegenen, weltweit größten Erzmine Carajás entstand daraus ein sogenanntes Dialogprogramm mit Unternehmen aus der Stahl- und Aluminiumindustrie, das sich ab 1992 über einen Zeitraum von mehr als zehn Jahren erstreckte.

In Regionen mit fragiler Staatlichkeit sind die Konsequenzen extraktiver Projekte besonders tiefgreifend, denn dort tragen sie häufig zur Eskalation von Konflikten bei. Die Betroffenen und die Zivilgesellschaft stellt das vor große Herausforderungen. Dies gilt sowohl für autoritär geführte Regime wie im Tschad oder Sudan als auch für Staaten, in denen (private) bewaffnete Gruppierungen sich durch den Abbau und Verkauf der Rohstoffe finanzieren, etwa die Demokratische Republik Kongo (DR Kongo). In diesen Ländern fallen nicht nur die ländlichen Produktionssysteme und die Natur der Ölförderung oder dem Abbau von Mineralien zum Opfer. Menschen werden eingeschüchtert und mit dem Tod bedroht, Ausgangssperren für Dorfbewohner verhängt und soziale Strukturen sowie traditionelle Solidarsysteme zerstört. Dies erschwert es den Betroffenen erheblich, gemeinsam ihre Rechte einzufordern – beziehungsweise macht es ihnen in einigen Fällen sogar unmöglich

Diese Publikation untersucht und bewertet vier langjährige, transnationale, zivilgesellschaftliche Dialog- und Kampagnenprozesse mit Unternehmen und multilateralen Institutionen: das Dialogprogramm der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung

(GKKE) zu Carajás, die Arbeit von ECOS und Brot für die Welt/Evangelischer Entwicklungsdienst zur Erdölförderung im Sudan, das Engagement der AG Tschad zur Erdölförderung im Tschad und den dortigen Dialog mit Esso und der Weltbank sowie die Arbeit von Brot für die Welt/Evangelischer Entwicklungsdienst und Ökumenisches Netz Zentralafrika (ÖNZ) zum Coltanabbau in der DR Kongo. Diese Auswertung soll dazu beitragen, die Wirkungen, Dynamiken und Fallstricke der Dialogprozesse besser zu verstehen und daraus Rückschlüsse für künftige transnationale Programme zu ziehen.

Dazu werden zunächst die vier Prozesse skizziert. Das zweite Kapitel widmet sich den typischen Spannungsfeldern bei solchen Prozessen, die anhand zahlreicher Beispiele veranschaulicht werden. Obwohl die Prozesse unter sehr unterschiedlichen Bedingungen stattfanden, lassen sich trotzdem Lehren ziehen, die als Bausteine für zukünftige Kampagnen und Dialogprozesse dienen können. Hiervon handelt das dritte Kapitel.

Den beiden Autoren Heidi Feldt und Hannes Koch danken wir ganz herzlich für ihre profunde Analyse. Die von ihnen formulierten Empfehlungen werden wir bei unserer zukünftigen Arbeit zu fossilen und mineralischen Rohstoffstoffen berücksichtigen.

SVEN HILBIG
Referent Welthandel und internationale Umweltpolitik

Kapitel 1

Fallbeispiele aus der Arbeit von Brot für die Welt

1.1 Brasilien: Entwicklung oder Zerstörung in der Carajás-Region

Erfahrungen aus dem deutsch-brasilianischen Dialogprozess zur Rohstoffexploration in Amazonien von 1992 bis 2003

In den 1960er Jahren wurden in Ostamazonien die weltweit größte Eisenerzlagerstätte sowie große Bauxitvorkommen entdeckt. Damit war der Entwicklungsweg für die Carajás-Region vorgezeichnet, auch wenn der Startschuss für das „Programa Grande Carajás", in dem Eisenerz, Bauxit, Gold und andere Mineralien abgebaut werden sollten, erst 1980 fiel. Verbunden mit diesem Programm waren verschiedene Infrastrukturprojekte wie der Bau von Straßen, Flughäfen, einer Eisenbahnlinie von Carajás nach São Luis für den Transport des Eisenerzes bis zum Verladehafen sowie die Errichtung des Wasserkraftwerkes von Tucuruí, um den großen Energiebedarf vor allem der Aluminiumindustrie zu decken.

Die Interessen in Süd und Nord ergänzten sich: Brasilien brauchte Devisen – Europa, Japan und andere Länder benötigten die Rohstoffe. Die deutsche Stahlindustrie gehörte von Anfang an zu den wichtigsten Abnehmern des brasilianischen Eisenerzes. Große Geldgeber für das „Programa Grande Carajás" waren die Weltbank, die Europäische Union und die deutsche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW).

Eine nachhaltige Entwicklung der Region spielte in den Planungen keine Rolle. Die damalige brasilianische Militärregierung (1964 bis 1985) kümmerte sich nicht um die Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung, auf ihre Kulturen, Lebens- und Wirtschaftsweisen wurde wenig Rücksicht genommen. Dies hat zur Entwicklung von krassen Gegensätzen geführt: Rasanter Aufbau modernster Industrien auf der einen Seite, immense soziale und ökologische Probleme auf der anderen. Zwar entstanden neue Arbeitsplätze in der Eisenerz-Produktion, doch gleichzeitig wurden traditionelle, angepasste Formen der Waldnutzung zerstört. Erze aus dem brasilianischen Regenwald wurden Teile einer globalen Produktionskette. Vor allem Kleinbauernfamilien, Fischer und von Sammelwirtschaft lebende Menschen (zum Beispiel Sammlerinnen der Babassufrucht und Kautschukzapfer) waren durch den Abbau der Rohstoffe und die Errichtung von Plantagen für Soja und Eukalyptus in ihrer Existenz bedroht.

Neben dem Abbau des Eisenerzes und der Verhüttung in den Industrieanlagen war die Erzeugung von Holzkohle für den Verhüttungsprozess ein gravierendes Problem. Riesige Mengen Primärwald wurden dafür geopfert, die Köhler mussten unter prekären Verhältnissen arbeiten und ruinierten ihre Gesundheit. Zudem kam es im Bundesstaat Pará besonders häufig zu gewaltsamen Konflikten. Viele Kleinbauernfamilien, Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen sowie Kirchenvertreter wurden dabei getötet.

Die Dialogprogramme

In dieser Situation hat die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung, 1973 als ökumenischer, evangelisch-katholischer Arbeitsverbund zur Entwicklungspolitik gegründet, das Thema aufgegriffen und auch die Verantwortung der Industrie in Europa für die Abbaubedingungen vor Ort thematisiert. Zwischen 1992 und 1999 koordinierte die GKKE das Dialogprogramm

Brasilien. Dafür konnte sie auf eine lange Tradition gemeinsamer Projektarbeit mit brasilianischen Nichtregierungsorganisationen und Basisbewegungen in der Carajás-Region sowie die langjährigen Aktivitäten deutscher Gewerkschaften in der Solidaritätsarbeit mit Brasilien zurückgreifen. Durch das Dialogprogramm wurde die bis dahin getrennte Arbeit von Kirchen und Gewerkschaften erfolgreich zusammengeführt und in der Fachgruppe Brasilien um weitere Expertise ergänzt.

In Brasilien entstand im Laufe des Dialogprogrammes das Fórum Carajás, in dem sich über 80 zivilgesellschaftliche Organisationen zusammenschlossen. GKKE und Fórum Carajás organisierten gemeinsam den Dialogprozess zwischen Zivilgesellschaft, Industrie und Politik. Ziele dieses Prozesses waren die Suche nach gemeinsamen Lösungen für die Probleme durch den Rohstoffabbau, die Sicherung der Beteiligung der Zivilgesellschaft und die Erarbeitung von Perspektiven für eine nachhaltige Entwicklung der Region.

Der Eisenerz-Dialog (1991 bis 1996)

Ausgangspunkt für das Dialogprogramm war eine Akademietagung in Mülheim 1991, bei der brasilianische Nichtregierungsorganisationen und das brasilianische Bergbauunternehmen Companhia Vale do Rio Doce (heute Vale) zum ersten Mal aufeinander trafen. Zur damaligen Zeit war ein solches Treffen in Brasilien selbst undenkbar. In der Folge gab es zahlreiche Versuche, die brasilianische und die deutsche Stahlindustrie in einen kontinuierlichen Dialog einzubinden.

Nach intensiver Vorbereitung sowie zahllosen Gesprächen mit Politikerinnen und Politikern und Einzelfirmen in Brasilien fand 1995 der Runde Tisch in Sao Luis statt. Vorangegangen war ein gemeinsames Besuchsprogramm in der Region, das wesentlich zum Verständnis der regionalen Situation und der Motivation der Mitreisenden beigetragen hat.

Trotz erst erfolgter Zusage verweigerte die Stahlindustrie letztlich die Teilnahme am Runden Tisch. Auch in der Folge gelang es nicht, einen übergeordneten Dialogprozess zu etablieren.

Der Streitfall Aluminium
(Aluminium-Dialog 1995 bis 2003)

Im Gegensatz zur Stahlindustrie zeigte sich die Aluminiumindustrie offener im Kontakt mit der Zivilgesellschaft. Ausgelöst durch die GKKE-Veröffentlichung „Streitfall Aluminium“ im Jahr 1994 begann der Dialog der GKKE mit der deutschen Aluminium-Zentrale, einem Verband der deutschen Aluminiumindustrie.

Mit der Aluminiumindustrie entstand ein gemeinsamer Prozess: weitere Studien wurden erarbeitet, Gespräche mit brasilianischen und deutschen Regierungseinrichtungen und Firmen geführt, Begegnungen zwischen internationalen Delegationen veranstaltet sowie innerbrasilianische Besuchsprogramme organisiert. Diese Dialogbemühungen gipfelten in zwei Hauptveranstaltungen: Einem internationalen Seminar im März 1999 in São Luis und einer anschließenden Tagung in der Evangelischen Akademie Mülheim im Juni. Ein Novum war dabei die Diskussion entlang der gesamten Wertschöpfungskette des Aluminiums – vom Bauxitabbau bis zum Verbrauch durch die Konsumenten und dem Recycling.

Am Ende der Tagung war deutlich, dass alle Beteiligten den Dialog weiterführen wollten. In einigen Bereichen stand die Diskussion noch am Anfang, etwa beim Thema „Nachhaltigkeit am Beispiel Aluminium in Deutschland“. Da mit der Tagung in Mühlheim das Dialogprogramm Brasilien der GKKE zu Ende ging, trat das Deutsche Carajás Forum (DCF) von Ende 1999 bis Mitte 2003 die Nachfolge des Dialogprogrammes der Kirchen an. Dies entsprach auch dem Wunsch der brasilianischen Partner, die mit der Unterstützung eines deutschen politischen Counterparts weitermachen wollten. Im Forum arbeiteten kirchliche Organisationen, Gewerkschaften, Menschenrechtsorganisationen und Basisgruppen zusammen – verschiedene Kompetenzen und Arbeitsschwerpunkte ergänzten sich. Brot für die Welt und Misereor unterstützten das DCF auch finanziell.

Mitte 2003 endete auch die Arbeit des DCF in Deutschland, weil es nicht gelungen war, eine längerfristige Finanzierung zu sichern. Einige Organisationen, beispielsweise die Gewerkschaften, setzen ihre Arbeit fort und entwickelten neue Initiativen. Ein Beispiel dafür ist das International Rivers Network (IRN), das nach Ende des Dialogprogrammes in São Luis eine eigene Veranstaltung zum Zusammenhang zwischen Aluminiumproduktion und großen Staudämmen organisierte.

Über den Tag hinaus

Neben den konkreten, aber regional begrenzten Verbesserungen im Arbeitsrecht, Gesundheitsbereich und in der Bildung waren die Qualifizierung und Stärkung der Zivilgesellschaft in der Region wichtige Ergebnisse des brasilianischen Prozesses. Verschiedene Sektoren der

Zivilgesellschaft, die bis dahin nicht eng mit einander kooperierten, konnten zusammengeführt werden. So bildeten Kleinbauernfamilien und Fischer gemeinsame Allianzen mit Gewerkschaften aus dem Stahl- und Aluminiumbereich. Im Fórum Carajás kamen über 80 Basisorganisationen zusammen, die bisher meist isoliert gearbeitet hatten. Dadurch wurde es möglich, den Rohstoffabbau in der Region Carajás in seiner Gesamtheit zu hinterfragen und Verbesserungen beziehungsweise Alternativen zu entwickeln. Die Zivilgesellschaft entwickelte sich zu einem gut organisierten Akteur, der aktiv an den Prozessen teilnahm.

Die enge Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern und -innen und Universitäten war ausschlaggebend für die Qualifizierung der Betroffenen. Sie unterstützten mit ihren Untersuchungsergebnissen auch nicht akademische Akteure des Forum Carajás, die so zu ebenbürtigen Gesprächspartnern für Diskussionen mit Politik und Wirtschaft wurden. Eines der vielen konkreten Ergebnisse war eine Landkarte der Region mit Begleitbuch, die in einem partizipativen Prozess erarbeitet wurde und die industriellen Aktivitäten, die Bodennutzung, die sozialen Konflikte und natürlichen Ressourcen aus Sicht der Betroffenen darstellte.

Die zivilgesellschaftliche Netzwerkarbeit setzte sich auch nach dem Ende des Dialogprozesses fort. Beispiele sind die Kooperation der Gewerkschaften untereinander und die Begleitung der Arbeit zum Staudamm Tucuruí unter anderem in der World Commission on Dams. Das Fórum Carajás existiert bis heute. 2014 hat es einen Kongress zum Thema „30 Jahre Carajás“ mitorganisiert.

1.2 Tschad: Projekt der zwei Geschwindigkeiten

Die Erdölförderung im Tschad und die Aktivitäten internationaler Nichtregierungsorganisationen (NGOs) 1995 bis 2013

Der jetzige Präsident des Tschad, Idriss Déby, kam 1990 mit Hilfe einer Rebellenarmee an die Macht. Damit endete ein jahrzehntelanger Bürgerkrieg. Kurz darauf nahm ExxonMobil Kontakt mit der Weltbank auf, um die Erdölförderung im Tschad vorzubereiten. ExxonMobil erkundete das Gebiet dafür bereits seit den 1950er Jahren.

Im Jahr 2000 galt das Erdölprojekt Tschad-Kamerun mit einem Investitionsvolumen von 3,7 Milliarden US-Dollar als größte privatwirtschaftliche Investition südlich der Sahara.

Nach Exxon-Angaben betrug der weltweite Umsatz des Konzerns 2002 rund 204 Milliarden US-Dollar. Demgegenüber hatte der Staatshaushalt des Tschads nur ein Volumen von knapp 400 Millionen Euro. Der Ölkonzern bewegte also gut 500mal so viel Geld wie die Regierung in N'Djamena.

Das Projekt umfasste zunächst drei Ölfelder im Dobabecken im Süden des Landes. Es wurden 300 Bohrstellen geplant. Die Zahl stieg jedoch auf mehr als 1.000 in sieben Ölfeldern. Eine 1.050 Kilometer lange Pipeline leitet das Rohöl durch den Regenwald zum Offshore-Terminal vor der Küste Kameruns.

Exxon legte Wert auf die Unterstützung des Projekts durch die Weltbank. Die Entwicklungsbank mit Sitz in Washington gewährte einen Kredit von 140 Millionen US-Dollar zugunsten der Regierungen von Tschad und Kamerun. Als eine Bedingung für die Kreditbewilligung wurde formuliert, dass das Projekt die Lebenssituation der Bevölkerung des Tschads verbessern sollte. Die Regierung des Tschads und die Weltbank richteten einen Entwicklungsfonds für die betroffene Bevölkerung ein, um schon in der Bauphase Entwicklungsprojekte in der Region zu fördern. Später sollten fünf Prozent der Einnahmen der Entwicklung der betroffenen Gebiete zugute kommen.

In dem Gesetz 001 von 1999 wurde nicht nur die Verwendung der Gelder festgelegt, sondern auch der Aufbau von Monitoringinstitutionen und einer Kontrollkommission, um die transparente Verwaltung der Gelder zu garantieren. Das Projekt sollte sich aus Sicht der Weltbank zu einem Vorzeigevorhaben entwickeln. Doch 2006 veränderte die tschadische Regierung einseitig die Bedingungen: das Gesetz 001 wurde geändert, der Entwicklungsfonds aufgekündigt. Die Weltbank konnte nicht verhindern, dass die Regierung den von ihnen aufgesetzten Zukunftsfonds für andere Zwecke umwidmete und die Erdöleinnahmen vor allem zum Machterhalt und nicht für Entwicklung einsetzte. Dank der Öleinnahmen zahlte der Tschad die Weltbank-Kredite 2008 zurück. Dadurch verlor die Bank ihre Einflussmöglichkeiten endgültig. Sie musste das Scheitern ihrer Politik einräumen.

In den Erdölregionen prallten währenddessen durch den Aufbau der Infrastruktur (Zugangsstraßen, Bohrtürme, Camps für die Arbeiter) zwei Welten aufeinander: die

Auguste Djinodji ist Dorfältester aus dem Dorf Maikeri. Obwohl viel versprochen wurde, geht es seinem Dorf seit Beginn der Erdölförderung viel schlechter als vorher.

international-industrialisierte und die traditionell-ländliche. Die einheimische Bevölkerung profitierte kaum von der Industrialisierung ihrer Umgebung. Ihre Gesamtsituation verschlechterte sich eher.

NGO-Aktivitäten

Nach dem Machtwechsel 1990 herrschte im Tschad Aufbruchsstimmung. Die Unterdrückung der Bevölkerung ließ zunächst nach, die Zivilgesellschaft konnte sich freier entwickeln als zuvor. In dieser Situation intensivierte Exxon die Vorbereitung der Erdölproduktion. Die damaligen Partnerorganisationen von Brot für die Welt im Tschad begannen sich mit dem Vorhaben zu beschäftigen. Ihr Ziel war es, sozial- und umweltverträgliche Bedingungen für die Erdölförderung durchzusetzen.

Parallel zu diesen Prozessen bildete sich 1995 in Deutschland ein NGO-Netzwerk mit Beteiligung unter anderem von Brot für die Welt, Misereor, Eirene und Amnesty International zur Unterstützung der Zivilgesellschaft im Tschad. Neben der menschenrechtlichen Situation rückte schnell das Öl-Thema auf die Agenda. Das war die Geburtsstunde der AG Erdöl, die später in AG Tschad umbenannt wurde. Brot für die Welt ging es anfangs unter anderem darum, nigerianische Verhältnisse im Tschad zu verhindern. Die Regierung des Nachbarlandes hatte im November 1995 Ken Saro-Wiwa hingerichtet, einen prominenten Kritiker der Ölförderung und Umweltverschmutzung im Nigerdelta. Durch rechtzeitige Einflussnahme hofften die deutschen NGOs, die desaströsen ökologischen und sozialen Auswirkungen, die die Erdölförderung im Nigerdelta zeitigten, im Tschad vermeiden zu können. Zehn bis 20 Mitarbeitende und Ehrenamtliche der Mitgliedsorganisationen sowie eine hauptamtliche Koordination leisteten den Löwenanteil der Arbeit in der AG Tschad. Brot für die Welt, Misereor und Eirene unterstützten die Arbeit organisatorisch und finanziell. Das Netzwerk erweiterte sich durch Organisationen unter anderem in den Niederlanden, Frankreich, Italien und den USA.

Die ersten Jahre der AG waren durch intensive Informationsbeschaffung über das Erdölprojekt gekennzeichnet. Organisationen in anderen europäischen Län-

dern nutzten die Kontakte und Informationen der AG für ihre eigenen Öffentlichkeitskampagnen. Gleichzeitig verschärfte sich die Situation im Tschad. Die Armee unterdrückte und ermordete Kritikerinnen und Kritiker, der Staatspräsident warnte vor Einmischung von außen.

Die NGOs definierten die Weltbank als den wesentlichen Adressaten ihrer Arbeit. Aufgrund ihrer guten Vernetzung und Informationsarbeit nahmen die Regierung des Tschads, Exxon und die Weltbank die Arbeit der Kritiker zunehmend ernst. Es kam zu mehreren, zunächst aussichtsreich erscheinenden Verhandlungsrunden mit den politischen Akteuren und der Weltbank. Den NGOs und den Netzwerken im Tschad gelang es, Konflikte öffentlichkeitswirksam zu thematisieren und auch konkrete Verhandlungsergebnisse zu erzielen. So konnten höhere Entschädigungszahlungen für das Fällen von Mangobäumen durchgesetzt werden.

Gleichwohl stieß die kritische Kampagne an Grenzen. Bei anderen bäuerlichen Produkten, deren Herstellung durch die Erdölförderung gefährdet wurde, war Exxon nicht kompromissbereit. Der Konzern setzte seinerseits alle Hebel der Öffentlichkeits- und Politikarbeit in Bewegung. Die Regierung des Tschads erhöhte den Druck auf die Zivilgesellschaft. Abermals setzte eine Repressionswelle ein. Den internationalen NGOs gelang es mehrfach, ihre Kooperationspartner vor Verhaftungen und anderen Repressalien zu schützen. Trotzdem führte die Repression zu einer weiteren Schwächung und Spaltung der zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Ab 2000 errichtete Esso erstaunlich schnell die Infrastruktur zur Erdölförderung. Viele Anlagen waren vor dem ursprünglichen Zeitplan fertig. Die Bauarbeiten gingen mit zahlreichen negativen Entwicklungen einher. Bauerndörfer wurden von Bohrtürmen und anderen Gebäuden umzingelt, Land abgezäunt. Oft konnten die Bauern ihre Felder nur noch umständlich oder gar nicht mehr erreichen. Es entstanden Arbeitersiedlungen der internationalen Beschäftigten. Die Preise für Nahrungsmittel und Güter des täglichen Bedarfs stiegen massiv. Bauern verließen ihre Felder, Lehrerinnen und Lehrer die Schulen, um besser bezahlte Arbeit in der Ölindustrie zu finden. Ein gravierendes Problem war auch das Fehlen einer ökonomischen Infrastruktur in den ländlichen Regionen. Weil es auf dem Land beispielsweise keine Möglichkeiten gab, Geld zu sparen, gaben viele Bauern die Entschädigungszahlungen für ihr Land sofort für Konsumgüter aus und waren bald ärmer als vorher.

Die örtliche Zivilgesellschaft nannte die Ölförderung „Projekt der zwei Geschwindigkeiten“: schnelle industrielle Entwicklung bei langsamer Minimierung der negativen Folgen.

Die Zivilgesellschaft wehrt sich

Die örtliche Zivilgesellschaft versuchte, intensiv Einfluss auf die Umsetzung des Erdölvorhabens zu nehmen und die schädlichen Entwicklungen zu verringern. Einige Organisationen ließen sich von Esso und der Weltbank für deren Projekte einspannen. Die Unterstützungsarbeit der verbliebenen NGOs stand unter hohem Druck und war sehr zeitaufwändig. Die Basisorganisation „Entente des Populations de la Zone Pétrolière“ (EPOZOP), die 1999 gegründete und lange verbotene Vereinigung der Menschen im Erdölgebiet, funktionierte aufgrund interner Unstimmigkeiten nicht gut und handelte nicht selten intransparent.

Trotzdem waren zwischenzeitliche Erfolge zu verzeichnen. Es entstanden in Zusammenarbeit zwischen dem internationalen zivilgesellschaftlichen Netzwerk, an dem Organisationen aus gut zehn Ländern beteiligt waren, und der Weltbank gute Pläne, die sinnvolle Entwicklungsoptionen zugunsten der betroffenen Be-

Erdölförderregion im Süden des Tschad: Dieser Zwischenspeicher für Erdöl liegt nur wenige hundert Meter entfernt vom Dorf Maikeri.

völkerung beschrieben. So sollten unter anderem fünf Prozent der Einnahmen aus dem Erdölgeschäft für die Erdölregion verwendet werden. Ferner standen Regionalplanung, Kleinprojektefonds und Entschädigung auf der Agenda. Doch vieles blieb Theorie und wurde nicht umgesetzt. Einzelne Entwicklungsprojekte, die aus den Öleinnahmen finanziert wurden, wurden unkoordiniert und wenig strategisch durchgeführt. Bei der betroffenen Bevölkerung und den NGOs verfestigte sich so zunehmend der Eindruck, dass Esso und die Weltbank ihre Versprechen brachen.

Die transparente Verwendung der Erdöleinnahmen für Entwicklung war für die tschadische Zivilgesellschaft ein zentrales Anliegen. 2008 trat der Tschad schließlich der neuen internationalen Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) bei. Dieses Instrument erforderte viel Arbeitskraft und Engagement der Zivilgesellschaft, ohne jedoch mehr Transparenz zu schaffen oder die Korruption einzudämmen. Tschadische Organisationen und Netzwerke, die eigentlich die Interessen der Bevölkerung vertreten sollten, ließen sich stattdessen von Esso für die Umsetzung von Projekten instrumentalisieren – was sie Glaubwürdigkeit kostete. In der Folge gab es viele Konflikte unter den tschadischen Nichtregierungsorganisationen, die zum Teil durch ihre Partnerorganisationen in Europa noch verschärft wurden.

Nachdem die Weltbank nicht mehr am Erdölvorhaben beteiligt war, schied sie als Adressatin der Lobbypolitik der Nichtregierungsorganisationen aus. Ab 2009 konzentrierten sich die tschadische Zivilgesellschaft, die in den Erdölnetzwerken (regionale Aktivistengruppen) zusammengeschlossen war, und internationale NGOs daher auf Exxon, um die Entwicklung in den Erdölgebieten zu beeinflussen. Eine Beeinflussung der tschadischen Regierung schien ihnen nicht möglich.

Teile der tschadischen Zivilgesellschaft versuchten mit ExxonMobil in einen Dialog zu treten. Diese neue Dialoginitiative wurde von der AG Tschad intensiv vorbereitet. Als Schwerpunktthemen identifizierten die Beteiligten gemeinsam die Entschädigungen, die Problematik der durch die Erdölförderung eingeschlossenen

Dörfer, die Umweltzerstörung und die unzureichende Renaturierung zurückgegebener Flächen. Mit Exxon einigten sich die Mitglieder der Dialoginitiative auf ein Verhandlungsverfahren. Dieser Fortschritt wurde auch deshalb erreicht, weil hochrangige Persönlichkeiten wie der Bischof von Moundou sich an den Gesprächen beteiligten.

Dann jedoch wurden die aussichtsreichen Verhandlungen durch andere Mitglieder der tschadischen Zivilgesellschaft blockiert. Sie warfen unter anderem dem Bischof vor, sich von Exxon instrumentalisieren zu lassen. Die alten Netzwerke betrachteten die Dialoginitiative als Angriff auf ihre Positionen und ihren Zugang zu Finanzmitteln. Die Erdölnetzwerke wurden zu dem Zeitpunkt nur noch von wenigen Personen dominiert, die versuchten, die politische Arbeit zu Erdöl und die internationale Solidarität in ihrem Interesse zu kanalisieren. Die Spaltung der tschadischen Zivilgesellschaft erwies sich an dieser Stelle als unüberbrückbar. Dies war ein Grund, warum die Dialoginitiative scheiterte. Auch Exxon unternahm zu wenig, um sie am Leben zu erhalten.

Erfolge und Misserfolge

Durch die Arbeit im und zum Tschad wurden über die Jahre einige Erfolge erzielt. So ging die Weltbank auf einzelne Kritikpunkte der Zivilgesellschaft und der NGOs ein und verbesserte die Anforderungen an ihren Kredit gegenüber der tschadischen Regierung. Das kritische Engagement der Zivilgesellschaft führte auch dazu, dass das Erdölprojekt drei Jahre später startete als geplant, wodurch die Betroffenen mehr Zeit fanden, sich darauf vorzubereiten.

Unter anderem wegen des großen internationalen Widerhalls der Kampagne war auch Exxon zu Zugeständnissen bereit. So wurde das Entschädigungsverfahren für die lokale Bevölkerung etwas verbessert. Zudem stellte Exxon Mittel für soziale und ökonomische Entwicklung in den Regionen als Ausgleich zum Erdölprojekt zur Verfügung. Ein Fonds für die Förderung von kleinen Entwicklungsprojekten wurde etabliert. In Kamerun konnte die Zivilgesellschaft die teilweise Verlegung der Pipeline-Trasse durchsetzen, um die ökologischen Schäden zu reduzieren. Neue Naturschutzgebiete entstanden.

Außerdem gewann die Zivilgesellschaft im Tschad an Handlungsfähigkeit. Die politische und wissenschaftliche Expertise nahm zu, es bildeten sich bessere Organisationsstrukturen. Die internationale Kooperation trug dazu bei, politische Akteure im Land vor Repression zu schützen.

Auf der Minusseite steht, dass das übergeordnete Ziel – Erdölförderung nur unter guten Bedingungen – nicht erreicht wurde. Phasenweise konnten zwar Verbesserungen erzielt werden, diese wurden von der tschadischen Regierung jedoch wieder zurückgenommen. Der Versuch, mit dem Erdöl auch den Wohlstand der Gesamtbevölkerung zu fördern, ist nicht gelungen. Das Erdölpro-

Bau einer Pipeline im Erdölgebiet Doba-Becken im Tschad

Durch hohe Zäunen gesichert, wird das Erdöl gefördert und in Pipelines abtransportiert. Direkt daneben wohnen Menschen. Auch nach 13 Jahren Erdölproduktion hat in ihren Dörfern keine Entwicklung stattgefunden.

jekt hat die Macht und den Reichtum der Machtclique um den Präsidenten gestärkt, während die Bevölkerung meist im Teufelskreis der Armut gefangen blieb.

Es war nicht möglich, die tschadische Regierung zu beeinflussen. Innerhalb der Zivilgesellschaft kam es zu politischen und persönlichen Zerwürfnissen. Aufgrund mangelnder personeller Kontinuität ist die wissenschaftliche und politische Expertise zum Großteil nicht in den beteiligten Organisationen verblieben. Trotzdem wäre es wichtig gewesen, die AG Tschad, in der die deutschen NGOs zusammengearbeitet haben, aufrechtzuerhalten, weil die Bevölkerung in allen Erdölprojektgebieten des Landes leidet und zum Beispiel die Kirchen nach wie vor versuchen, die negativen Folgen zu mindern.

2013 wurde die AG Tschad aufgelöst. Allgemein hatte sich die Arbeit der internationalen NGOs verändert. Längerfristige Unterstützungsarbeit, die flexibel organisiert und finanziert wurde, geriet zu Gunsten zeitlich begrenzter, in sich abgeschlossener Projekte in den Hintergrund. Die Tätigkeiten wurden dadurch kurzatmiger und die Netzwerkarbeit geriet in den Hintergrund.

1.3 Sudan – Politik der verbrannten Erde

Wie Erdöl den Konflikt verschärft

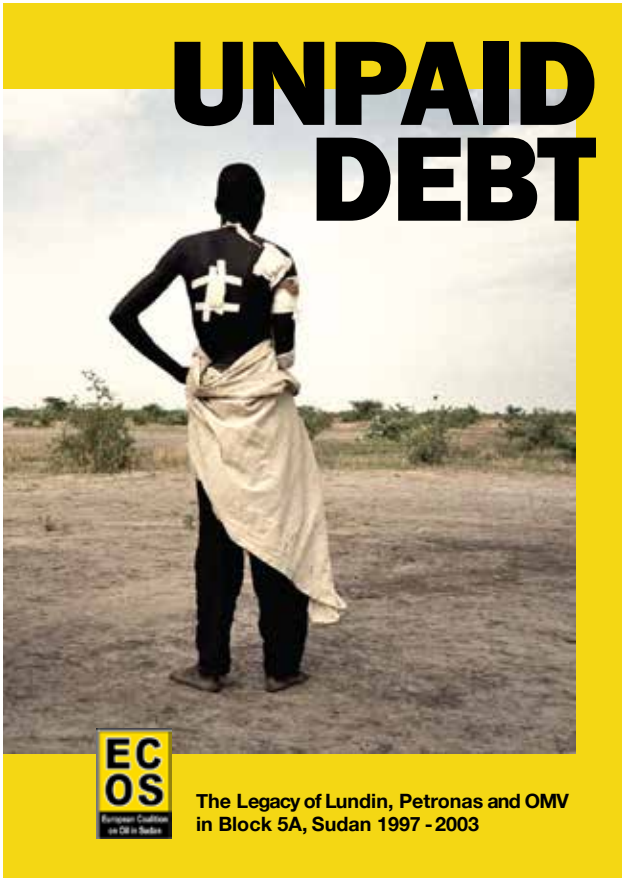
Als die Erdölförderung im Sudan 1998 begann, wütete der Bürgerkrieg dort seit fast 40 Jahren. Nachdem 1956 der Staat unabhängig geworden war, entstand nur kurze Zeit später aus den Autonomiebestrebungen des Südens des Landes ein Bürgerkrieg. Ein 1972 ausgehandelter Frieden hielt nur bis 1983.

Das erneute Aufflammen des Bürgerkriegs ab 1983 führte zu erschütternder Grausamkeit, Elend und Chaos. In großen Teilen des Südens brachen die sozialen und staatlichen Strukturen zusammen. Über zwei Millionen Tote und vier Millionen Vertriebene zwischen 1983 und 2005 belegen das Ausmaß der Gewalt. In diesem Krieg ging es nicht nur um den Zugang zu und die Verteilung von Ressourcen, sondern auch um Identität, Religion, Marginalisierung und Herrschaft.

Seit Ende der 1990er Jahre beteiligten sich zahlreiche internationale Unternehmen an der sudanesischen Erdölförderung. Die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen erzeugte zusätzliches Konfliktpotenzial. Die Zentralregierung in Khartoum entzog der Verwaltung des Südens den Einfluss auf die potentiellen Erdölfördergebiete. Damit hatte der Süden auch keinen Zugriff mehr auf die Erdöleinnahmen.

Weil das Regime in Karthoum über Geld aus der Ölförderung verfügte, konnte es zusätzliche Mittel in die Kriegführung investieren. Die Zentralregierung verfolgte das Ziel, die Fördergebiete zu entvölkern. In der Folge dominierten militärische Einheiten große Teile des Landes. Die sudanesische Armee kämpfte im Auftrag des Nordens, die Sudan People's Liberation Army (SPLA) wollte den Süden unter ihre Kontrolle bringen. Dazwischen operierten unterschiedliche regionale Milizen.

Ab Mitte der 1990er Jahre verhandelten die Kriegsgegner wieder über einen Friedensvertrag. Internationalen Akteuren wie der Europäischen Union und einigen EU-Mitgliedsstaaten schien dieser Prozess so aussichtsreich, dass sie eine Politik des Dialogs und verstärkter wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit dem Regime in Khartoum begannen. Der Internationale Währungsfonds war ebenfalls aufgeschlossen und nahm den Sudan 1999 wieder in seine Organisation auf. Weitere Staaten intensivierten ihre Wirtschaftsbeziehungen zu dem afrikanischen Land. Meist bildete das Erdöl die wirtschaftliche Grundlage.



Dieser 2010 veröffentlichte Bericht von Pax veranlasste die schwedische Staatsanwaltschaft zu Ermittlungen gegen Lundin Oil.

Viele internationale Firmen engagierten sich im sudanesischen Ölgeschäft oder erwogen Investitionen. Dazu gehörten Lundin Oil AB (Schweden), OMV (Österreich), Talisman Energy (Kanada), Petronas (Malaysia), China National Petroleum Company (CNPC), TotalFinaElf (Frankreich) und British Petroleum über seine Beteiligung an PetroChina, einer Tochter von CNPC und AGIP (Italien). Darüber hinaus verkauften ExxonMobil und Shell unter anderem Flugbenzin an die sudanesische Luftwaffe. Die Deutsche Bank stellte Kapital und die Mannesmann AG Pipeline-Technik zur Verfügung.

Die Zivilgesellschaft im Sudan

Wegen des jahrzehntelangen Bürgerkrieges konnte sich im Sudan keine unabhängige und starke Zivilgesellschaft bilden, die eine gegenüber der lokalen Bevölkerung und Umwelt rücksichtsvolle Erdölforderung einforderte. So übernahmen diese Rolle weitgehend die Kirchen und ihr Zusammenschluss, der Sudan Council of Churches (SCC). 1993 musste sich der SCC jedoch teilen, weil es unmöglich geworden war, zwischen den Kirchenleitungen im regierungskontrollierten Norden und dem rebellendominierten Süden zu kommunizieren. 1994 schließlich wurde das Sudan Ecumenical Forum (SEF) mit den beiden Kirchenräten des Nordens und Südens und internationalen ökumenischen Partnern gegründet.

Trotz der Friedensverhandlungen um die Jahrtausendwende fürchteten die sudanesischen Kirchen, dass sich die Lage im Lande wieder zuspitzen könnte. Auf Initiative des SEF wurde deshalb 2001 die breite Kampagnenkoalition European Coalition on Oil in Sudan (ECOS) ins Leben gerufen. Die Koordination lag bei Pax Christi, heute Pax, in den Niederlanden. ECOS sollte eigenständige Kampagnen-, Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit in Europa betreiben. Ziel war es, ein Moratorium für die Erdölförderung zu erreichen, bis es zu einem dauerhaften Frieden im Sudan gekommen wäre.

Als Grundlage der gemeinsamen Arbeit wurden mehrere Studien zur Situation im Sudan verfasst. Hinzu kam ein ausführliches Strategiepapier zur Bedeutung der Erdölförderung im sudanesischen Bürgerkrieg und der Notwendigkeit eines Moratoriums („Peace first - Stop oil fueling the war in Sudan"). Als Teil von ECOS gründete sich in Deutschland das Netzwerk „Öl im Sudan". Neben Misereor, Missio, Amnesty International gehörte ihm unter anderem der Evangelische Entwicklungsdienst (EED) an, der in Absprache mit Brot für die Welt agierte.

Die European Coalition on Oil in Sudan

ECOS baute Kontakte zu EU-Institutionen und EU-Mitgliedsstaaten auf. Außerdem suchte sie das Gespräch mit den Erdölunternehmen, die im Sudan aktiv waren. Eine Basis der Kommunikation mit den politischen und ökonomischen Akteuren bildeten gemeinsame Standards der ECOS-Mitgliedsorganisationen. Diese enthielten Festlegungen im Hinblick auf den Friedensprozess, die Demokratisierung, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte.

Während ECOS in der Lobbyarbeit gegenüber dem Europäischen Parlament und den EU-Institutionen erfolgreich agierte, waren die Ergebnisse im Dialog mit den Unternehmen durchwachsen. Als Grundlage für die Diskussion mit den Unternehmen erarbeitete ECOS Business Principles. Die leitende Frage war dafür, wie Standards gestaltet sein müssten, damit die Erdölproduktion zu Frieden und Sicherheit in der Region beitragen kann. Gute Kontakte bestanden zu OMV und TotalFinaElf.

Weil sie ein hohes Reputationsrisiko befürchteten, zogen sich jedoch beide Unternehmen aus dem Sudan zurück – eine unbeabsichtigte Nebenfolge der Kampagnenarbeit. Talisman Energy verkaufte seine Anteile am Sudangeschäft ebenfalls.

Lundin Oil verweigerte sich dem Dialog mit ECOS und suchte stattdessen das Gespräch mit der schwedischen Kirche. Daraus entwickelte sich ein separater Dialog ohne Absprache mit der europäischen Koalition, was zu Spannungen innerhalb von ECOS führte. Später verkaufte Lundin seine Anteile am sudanesischen Erdölkonsortium. Recherchen von ECOS zur Rolle der Erdölindustrie im Sudan führten 2013 schließlich dazu, dass die schwedische Staatsanwaltschaft Ermittlungen gegen Lundin Oil aufnahm.

In den Jahren 2009 bis 2015 wechselte der Fokus der ECOS-Arbeit. Den Hintergrund bildete die 2011 vollzogene Unabhängigkeit des Südsudans. Damit war die Hoffnung verbunden, das Öl in positiver Weise für den Aufbau des neuen Staates nutzen zu können. So stand nicht mehr die direkte Auseinandersetzung mit den Erdölunternehmen im Vordergrund, sondern die Mitgestaltung der Gesetzgebung. Dabei ging es auch um die Entschädigung der Betroffenen in den Erdölgebieten. ECOS und Pax Christi Niederlande arbeiteten darauf hin, Schlichtungs-, Sozial- und Umweltverträglichkeitsverfahren in den südsudanesischen Gesetzen zu verankern. Allerdings haben sich die Hoffnungen auf eine friedliche Entwicklung bis heute nicht erfüllt.

ECOS selbst entwickelte sich von einer breit angelegten Kampagnenkoalition zu einem kleinen, aktiven Netzwerk von zehn bis 15 Organisationen. Da immer mehr ECOS-Mitglieder eigene Projekte im Sudan aufbauten oder sich die Schwerpunkte der Arbeit verschoben, zogen sich im Laufe der Zeit viele Akteure aus der aktiven Mitarbeit zurück. Seit 2010 ist ECOS im Wesentlichen eine Recherche- und Beratungsstruktur von Pax Christi in den Niederlanden.

Ein Rückblick

Als erfolgreich zu bewerten sind die Kampagnen zum Sudan, weil sie einen gewissen Einfluss auf die europäische Politik ausübten. ECOS trug mit seiner Arbeit dazu bei, dass politische Akteure der Industriestaaten ihre Beziehung zum Sudan überprüften. Deshalb nahmen die EU und ihre Mitgliedstaaten schließlich eine deutlich kritischere Haltung gegenüber der sudanesischen Regierung ein als vorher. Die Lobbyarbeit gegenüber der Politik verlief damit erfolgreicher als gegenüber den Unternehmen. Nur zu wenigen Firmen konnten konstruktive Kontakte aufgebaut werden. Ein positives Beispiel bestand darin, dass TotalFinaElf die von ECOS entwickelten Business Principles übernahm.

Ein wichtiges Ziel von ECOS war es, Handlungsoptionen vor Ort zu entwickeln sowie lokale Kapazitäten und Kooperationen im Bereich Erdöl und Bergbau aufzubauen. Diese Arbeit hatte keinen nachhaltigen Erfolg. Es entstanden zwar immer wieder neue Ansätze und Vorhaben. Sie waren allerdings nicht von Dauer. Mitunter kam es sogar zur Konkurrenz zwischen verschiedenen, von außen initiierten Netzwerken, wodurch sich die Kampagnen gegenseitig behinderten. Solche internen Konflikte belasteten die schwache sudanesische Zivilgesellschaft zusätzlich. Hinzu kam, dass die wichtigsten zivilgesellschaftlichen Strukturen im Sudan während des Krieges – die Kirchen und die Kirchenräte – unter eigenen Krisen litten. Ab 2005/07 fehlten ihnen deshalb Zeit und Kraft, sich mit den komplexen Herausforderungen der Erdölindustrie zu beschäftigen.

Von einem Kleinlaster wird das Coltan umgeladen. Kindersoldaten der Mayi-Mayi Rebellen bewachen die Verladeaktion.

Die bei Pax Christi Niederlande entstandene Expertise wird jedoch weiter genutzt. Im Zuge der Arbeit von ECOS entwickelte sich dort große Fachkompetenz. Darauf baute später der Arbeitsbereich Extractives and Conflict auf. Pax arbeitet zu dieser Thematik mittlerweile in Kolumbien, DR Kongo und Südsudan. Im Gegensatz dazu nutzen die anderen ehemaligen Kerngruppen-Mitglieder von ECOS ihre Expertise zur Rohstoffpolitik im Sudan heute nicht mehr. Pax stellt eine positive Ausnahme dar.

1.4 Demokratische Republik Kongo: Kriegsfinanzierung durch Bergbau

Konfliktmineralien und Regulierung

Das Leben der Menschen im Osten der Demokratischen Republik Kongo (DRC) ist seit über 50 Jahren durch Krieg geprägt. Die bewaffneten Konflikte werden zwar mit unterschiedlicher Intensität geführt – sie sind jedoch dauernd präsent.

Die anhaltende Gewalt in der Region hat vielfältige Gründe. Ethnische Konflikte, die bereits von der belgischen Kolonialmacht angeheizt wurden, bestehen fort. Hinzu kommen Interventionen seitens der Nachbarländer: Besonders aus Ruanda und Uganda wurden die Konflikte in der DR Kongo verschärft.

Armut, Landkonflikte und die unzureichende Durchsetzungskraft des Staates sind weitere wichtige Faktoren. Häufig verfügen die lokalen und regionalen Machthaber nicht über ausreichende Möglichkeiten, Konflikte mit zivilen Mitteln zu lösen.

Die bewaffneten Gruppierungen finanzieren sich mit unterschiedlichen Mitteln, dazu gehören Erpressung, Menschenhandel und der Handel mit Rohstoffen. Ein Bericht der UN-Mission in der DR Kongo von 2015 geht davon aus, dass jährlich mineralische Rohstoffe, Gold, Elfenbein, Holz und weitere natürliche Ressourcen im Wert von 0,7 bis 1,3 Milliarden US-Dollar aus den Konfliktgebieten im Osten herausgeschmuggelt werden (UNEP-MONUSCO-OSESG: Final Report April 15th

2015). Fast die gesamten Einnahmen aus dem illegalen Handel fließen in kriminelle Strukturen in- und außerhalb des Landes.

Angesichts der Ausmaße des Problems suchen UN-Institutionen und Nichtregierungsorganisationen schon seit langer Zeit Wege, um die Finanzierung irregulärer Konfliktparteien zu erschweren. Das weltweite Verbot des Handels mit Konfliktmineralien soll die Milizen und Bürgerkriegstruppen von ihren Geldquellen abschneiden. Die große Herausforderung besteht jedoch darin, den im Kleinbergbau tätigen Menschen gleichzeitig konfliktfreie Vermarktungswege zu eröffnen. So dreht sich die gegenwärtige Diskussion auch darum, Sorgfaltspflichten der Unternehmen und Möglichkeiten zur Verbesserung der prekären Situation hunderttausender Kleinschürferinnen und -schürfer zu entwickeln.

Das Ökumenische Netz Zentralafrika

Gegen Ende der 1990er Jahre wies die UN-Expertengruppe zur DR Kongo erstmals auf die Kriegsfinanzierung durch den Abbau von Coltan, Gold, Wolfram und Zinn hin. Damit geriet auch die deutsche Firma H.C. Starck, zum damaligen Zeitpunkt Tochterunternehmen des Bayer-Konzerns, in den Fokus des öffentlichen Interesses. H.C. Starck galt als Weltmarktführer in der Coltan-Verarbeitung. Zeitweise soll die Firma bis zu 80 Prozent des kongolesischen Coltans gekauft haben, darunter große Mengen illegal geschürften Materials.

Anfang 2000 unterschrieben über fünfzig Personen aus Politik und Zivilgesellschaft den „Internationalen Kongo-Appell“. Zur selben Zeit begannen deutsche zivilgesellschaftliche Akteure, die Verstrickung transnationaler Rohstoffkonzerne in die Kriegsfinanzierung im Ost-Kongo zu thematisieren. Als Beispiel diente häufig H.C. Starck. Um diese Arbeit voranzutreiben, gründeten Brot für die Welt, Misereor, Pax Christi und die Vereinte Evangelische Mission das Ökumenische Netz Zentralafrika (ÖNZ). Dieses sollte Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit zur Region der Großen Seen betreiben.

Im Rahmen dieses Engagements initiierte Pax Christi eine Kampagne zum sogenannten „Blutcoltan“. Diese transportierte zunächst die Forderung nach der Transparenz der Produktions- und Vermarktungsbedingungen. Außerdem wollte man Nachweispflichten für die in der DR Kongo tätigen Rohstoffkonzerne durchsetzen. Später verschärfte die Kampagne jedoch ihre Forderung und verlangte einen Boykott von Coltan aus dem Ost-Kongo. Nicht alle Mitträger des ÖNZ unterstützten diese Vorgehensweise. Auch einigen Partnerorganisation der Werke in der DR Kongo war die Botschaft zu radikal. Sie befürchteten, die ohnehin prekäre Situation der Menschen im Kleinbergbau würde sich weiter verschlechtern.

Die Debatte über die richtige politische Ausrichtung bestimmte jahrelang die Diskussionen im ÖNZ. Während vor allem Pax Christi ein Embargo von Coltan aus der DR Kongo forderte, setzten sich andere Mitgliedsorganisationen für die Entwicklung von Alternativen ein, beispielsweise die Zertifizierung des konfliktfreien Bergbaus. Ihrer Ansicht nach sollten die friedliche Nutzung der Ressourcen, der Wiederaufbau und die Entwicklung des Landes die höchste Priorität haben. Trotz dieser Differenzen bestand allerdings immer Einigkeit darüber, dass die Unterstützung der Menschenrechtsarbeit und die Förderung von Friedensansätzen in der Region im Vordergrund der Arbeit des ÖNZ stehen sollten.

Nach dem Friedensabkommen von 2003 sowie den ersten freien Präsidentschafts- und Parlamentswahlen (2006) richtete das ÖNZ seinen Fokus auf die mögliche Transformation der Demokratischen Republik Kongo von einer Gewalt- in eine Friedensökonomie. Die Arbeit zu Konfliktrohstoffen wurde als ein Bestandteil dieses Prozesses betrachtet. Mit der Publikation „Von der Ge-

Zweimal am Tag landet ein Hubschrauber auf der asphaltierten Straße nach Walikale, um Coltan abzutransportieren.

walt- zur Friedensökonomie“ durchbrach das ÖNZ das Schema der Kampagnen gegen Unternehmen als Verursacher der Probleme. Stattdessen ging es der Frage nach, wie die Wirtschaft einen Beitrag zum Aufbau einer Ökonomie in Friedenszeiten leisten könnte. Dafür arbeitete das ÖNZ Beispiele deutscher Firmen und Investitionen in der DR Kongo auf. Gleichzeitig entwickelte das ÖNZ in Kooperation mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) Kriterien zur Zertifizierung von mineralischen Rohstoffen aus der Region. Die Ergebnisse flossen später in die Arbeit der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) zur Zertifizierung der Handelsketten von Mineralien in der DR Kongo und den umliegenden Ländern ein.

Das Ökumenische Netz Zentralafrika begleitete die Umsetzung durch die BGR immer in kritischer Distanz. Allerdings konnten sich die Trägerorganisationen des ÖNZ nicht auf eine gemeinsame Haltung zur Zertifizierung einigen, von daher war der Handlungsspielraum des ÖNZ zu diesem Thema sehr eingeschränkt

Die Resultate der Arbeit im Kongo

Die Arbeit zu Konfliktrohstoffen in der DR Kongo wurde vor allem von internationalen NGOs wie Global Witness, Partnership Africa Canada (PAC) oder dem Enough Project in den USA getragen. Zusammen mit anderen Akteuren hat aber auch das ÖNZ dazu beigetragen, dass sich bis heute zahlreiche Akteure in Deutschland und in der EU mit dem Thema Konfliktrohstoffe auseinandersetzen.

Außerdem ist das ÖNZ bis heute ein wichtiger zivilgesellschaftlicher Ansprechpartner für Abgeordnete und Ministerien in der Frage der Konfliktmineralien aus der DR Kongo. Mit Erfolg stellte man die Vorhaben der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe zur Zertifizierung in der Öffentlichkeit zur Diskussion. Gemeinsame Lobbyarbeit mit dem Arbeitskreis Rohstoffe sowie Lobbytouren mit Partnern aus der Region haben ein Umdenken im Bundeswirtschaftsministerium bewirkt. Dieses unterstützt mittlerweile die verbindliche Nachweispflicht für Mineralien, die der Konfliktfinanzierung dienen könnten.

Kapitel 2

Spannungsfelder
Vier Prozesse – eine Auswertung

In zwei der ärmsten Länder der Welt, dem Tschad und dem Sudan, wird Erdöl gefördert. Beide Staaten haben seit ihrer Unabhängigkeit kaum Friedenszeiten erlebt. Die Regierungsmitglieder dienen in erster Linie ihren eigenen Interessen und denen ihrer Klientel. Gegen Oppositionelle gehen sie mit Repressionen vor. Neben den Regierungen standen in den letzten Jahren die großen transnationalen Erdölkonzerne (Esso im Tschad, Lundin, Talisman, OMV, Total und weitere im Sudan) und die Weltbank (Tschad) im Fokus der Auseinandersetzungen um das Erdöl. Dass die Regierungen auf die Erdölförderung und die Einnahmen aus diesem Sektor verzichten, war von Anfang an unrealistisch. Deshalb versuchten die zivilgesellschaftlichen Akteure nicht die Erdölförderung vollständig zu verhindern, sondern setzten sich zum Ziel, die weitere Destabilisierung der Region durch die Erdölproduktion abzuwenden und sich dafür einzusetzen, dass die Rechte der betroffenen Bevölkerung so weit wie möglich gewahrt werden.

In der Demokratischen Republik Kongo werden unter anderem Coltan, Gold und anderen Mineralien im Kleinbergbau gefördert. Durch Sorgfaltspflichten internationaler Unternehmen soll verhindert werden, dass der Handel mit diesen Rohstoffen der Kriegsfinanzierung dient. Gleichzeitig geht es darum, die Situation der Menschen, die im Kleinbergbau unter prekären Bedingungen arbeiten, zu verbessern.

In Brasilien wiederum befand sich die Zivilgesellschaft nach Jahrzehnten der Militärdiktatur im Neuaufbau, als 1992 das Dialogprogramm begann. Gleichzeitig musste sie sich mit dem riesigen Bergbauvorhaben in der Region Carajás auseinandersetzen. Dieses stellte ein Erbe der Diktatur dar und betraf ein 330x360 Kilometer großes Gebiet im Nordosten des Landes. Deutsche Unternehmen spielten für den Eisenerz- und Aluminiumabbau in Brasilien eine wichtige Rolle.

Aus diesen Situationen ergaben sich für den Evangelischen Entwicklungsdienst und Brot für die Welt verschiedene Dialog- und Kampagnenansätze. Die Ergebnisse der Prozesse fielen unterschiedlich aus:

- In der Auseinandersetzung um die Aluminiumproduktion in Carajás gelang es, einen transnationalen Dialogprozess zwischen Brasilien und Deutschland zu organisieren, an dem zivilgesellschaftliche Organisationen, brasilianische Regierungsmitglieder und Industrie teilnahmen.
- Im Sudan war dies nicht möglich. Auf nationaler Ebene konnte kein Dialog geführt werden. Hier kamen die zivilgesellschaftlichen Akteure nur auf internationaler Ebene mit den Unternehmen ins Gespräch.

Fragile Staaten

Länder mit fragiler Staatlichkeit leiden unter starken Defiziten in der Ausübung ihres Gewaltmonopols. Sie sind beispielsweise nicht in der Lage, die Sicherheit der Bürger zu garantieren, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit zu gewährleisten sowie die Bevölkerung mit öffentlichen Dienstleistungen und Gütern zu versorgen. Den staatlichen Institutionen mangelt es unter anderem aufgrund der vorherrschenden Korruption und Vetternwirtschaft an Legitimität. Für die Mächtigen steht der Machterhalt im Vordergrund, dem sie alles andere unterordnen. Weil Politik und Verwaltung nicht in der Lage sind, in ausreichendem Maße Steuern zu erheben, muss der Staat mit geringen Einnahmen auskommen. Dadurch nimmt in rohstoffreichen, fragilen Ländern die Abhängigkeit von Einnahmen aus dem Rohstoffabbau zu. Entwicklungsorganisationen haben die Erfahrung gemacht, dass in fragilen Staaten kaum substantielle Fortschritte für Entwicklung und Rechtsstaatlichkeit zu erzielen sind. Stattdessen kann nur kurzfristig Leid gelindert werden.

Der Tschad, Sudan, Südsudan und die Demokratische Republik Kongo sind nicht nur schwache Staaten. Sie gelten darüber hinaus als gescheiterte Länder, die die Kontrolle über große Teile ihres Territoriums verloren haben. Seit der Unabhängigkeit haben diese Länder nur kurze Friedensperioden erlebt. Die meiste Zeit herrscht Bürgerkrieg.

Die Ursachen für das Scheitern sind vielfältig und komplex. Zu nennen sind die Zerstörung traditioneller Gesellschaftsstrukturen durch den Kolonialismus, gescheiterte Nationenbildung, ethnische und religiöse Konflikte sowie die Marginalisierung ganzer Bevölkerungsschichten infolge der Dominanz kleiner Eliten.

Die Minenarbeiter schieben immer wieder die coltanhaltige Erde auf die schiefe Ebene. Durch die ständige Zufuhr von Wasser trennt sich der Abraum vom Coltan, welches dann am Boden der Rinne zurückbleibt.

- Im Tschad versuchten lokale und internationale Nichtregierungsorganisationen, Druck auf Esso und die Weltbank aufzubauen, um den Interessen der lokalen Bevölkerung Ausdruck zu verleihen.
- Auch wenn sich die Rohstoffe und Länderkontexte der jeweiligen Dialog- und Kampagnenprozesse unterscheiden, so gibt es doch Herausforderungen und Spannungsfelder, die in allen Prozessen vorkamen.

2.1 Arbeiten im fragilen Kontext

Drei der vier beschriebenen Beispiele sind in fragilen Staaten ohne funktionierende Staatlichkeit angesiedelt: Tschad, DR Kongo und Sudan.

Kampagnen-, Advocacy- und Dialogprozesse zu organisieren ist in fragilen Kontexten besonders schwierig. Zivilgesellschaftliche Organisationen, die Regierungen und Konzerne kritisieren, werden bedroht, alternative Entwicklungsansätze im Keim erstickt. Der Raum für politisches Handeln ist erheblich eingeengt.

Rohstoffprojekten wohnt zudem die Tendenz inne, die negativen Faktoren der Fragilität noch zu verstärken. Oft beschleunigen sie die Teufelskreise von Gewalt, Armut, Korruption und Bereicherung illegitimer Eliten. Im Tschad beispielsweise hat die Korruption durch die Rohstoffförderung nie gekannte Ausmaße angenommen.

Weniger sichtbar als die unmittelbaren Folgen von Krieg und Repression sind die langfristigen Auswirkungen: die Auflösung der traditionellen Strukturen, der Wertesysteme und des sozialen Zusammenhalts. Traditionelle Chefs werden von den Machthabern und den Erdölkonzernen instrumentalisiert. Auch die Zivilgesellschaft leidet unter fragiler Staatlichkeit, Repression, Zersplitterung und inneren Konflikten, die dadurch befördert werden, dass Organisationen sich nicht öffentlich entfalten können.

Im Sudan ging die Regierung brutal gegen die Bevölkerung in den Erdölregionen vor. Mit einer „Politik der verbrannten Erde“ wurden ganze Gebiete entvölkert. Sich dagegen aufzulehnen, war gefährlich. Zivilgesell-

Zur Bedeutung der Erdöleinnahmen im Tschad

Landwirtschaft, Viehzucht und Fischerei stellten ursprünglich die wirtschaftliche Grundlage des Tschad dar. 90 Prozent der Bevölkerung lebte von diesen Aktivitäten, die noch im Jahr 2004 61 Prozent des tschadischen Bruttoinlandsproduktes ausmachten. Seit Beginn der Erdölproduktion sind die Einnahmen aus diesem Sektor die größte Quelle für den Staatshaushalt: in den Jahren 2006 bis 2008 waren dies über 70 Prozent des Staatsbudgets. Nach dem Einbruch 2009 durch die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise liegt der Anteil zwischen 45 Prozent und 50 Prozent. Delphine K. Djiraibé, Anwältin und Aktivistin aus dem Tschad, sagt in einem Interview, dass die immensen Öleinnahmen von mehr als zehn Milliarden US-Dollar im letzten Jahrzehnt die korrupte Regierung um Idriss Déby gestärkt haben. Der Bevölkerung sind sie nicht zugute gekommen. Die Einnahmen aus dem Erdölsektor wurden von Präsident Déby genutzt, um seine Macht auszubauen und seine Klientelpolitik zu finanzieren.

schaftliche Strukturen, die sich für die Rechte der betroffenen Völker hätte aussprechen können, gab es kaum.

Die Kirchen waren wichtigste Vertreter der Interessen der Menschen, aber auch sie waren gefährdet. Um einzelne Personen im Sudan nicht in Gefahr zu bringen, wurden teilweise Aufgaben an die internationalen NGOs delegiert. Dies erleichterte zwar etwas die Situation sudanesischer zivilgesellschaftlicher Organisationen, barg aber gleichzeitig die Gefahr, dass sie von internationalen NGOs überfrachtet wurden, die offener und auch aggressiver reagieren konnten.

Fazit

Die Beispiele zeigen, wie kompliziert es ist, in fragilen Kontexten zu arbeiten. Auch die internationalen NGOs müssen sich darauf einstellen, dass die Arbeit sehr viel Zeit und Flexibilität erfordert. Zusammen mit den Partnerorganisationen war es notwendig in den Netzwerken das eigene Handeln zu reflektieren. Die Maßnahmen zum Schutz

Bohrung eines Erdölbrunnens im Doba-Becken, Tschad

der Partnerorganisationen und eine verantwortungsvolle Planung waren existentiell.

Exakt definierte Ziele anzupeilen und genaue Schritte auf dem Weg dorthin zu bestimmen, ist für Dialogprozesse in fragilen Kontexten allerdings nur bedingt hilfreich. Vielmehr kommt es darauf an, Rückschläge und Brüche einzukalkulieren und rechtzeitig zu bemerken. Die Beteiligten müssen laufend bereit sein, ihre eigene Strategie anzupassen. Internationale Netzwerke können in fragilen Kontexten eine stabilisierende Rolle spielen. Sie können helfen, Kontakte auf verschiedenen politischen Ebenen aufzubauen und diese in der Lobbyarbeit oder im Dialog zu adressieren (beispielsweise Weltbank, Europäische Union, Kirchen, Parlamente).

2.2 Kampagne oder Dialog?

Einige zivilgesellschaftliche Organisationen sehen oft einen Gegensatz von Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit und Dialogprozessen. Die Alternative „Kampagne versus Dialog“ stellte sich in den vier untersuchten Länderbeispielen jedoch gar nicht.

- Im Tschad und im Sudan ergab sich der Dialog mit der Wirtschaft aus der Kampagnenarbeit. Allerdings waren die Unternehmen erst nach langen Jahren bereit, auf die Zivilgesellschaft zu zugehen.
- In der Auseinandersetzung um den Handel mit Konfliktmineralien in der DR Kongo konzentrierten sich die Nichtregierungsorganisationen einerseits auf Lobbyarbeit gegenüber Parlament und Regierung in den Industriestaaten. In der Auseinandersetzung mit

Unternehmen existierten dagegen in Deutschland keine Ansatzpunkte für einen Dialog. Weil der Rohstoffabbau im Kongo im Kleinbergbau betrieben wird, waren und sind dort keine großen, international agierenden Unternehmen aktiv, bei denen ein Dialog eingefordert werden konnte. Allerdings gab es verarbeitende Industrieunternehmen wie H.C. Starck, das Coltan aus der DR Kongo importierte. Im Jahr 2000 wurde eine sogenannte „Naming and Shaming"-Kampagne gegen H. C. Starck organisiert und der Öffentlichkeit die Verquickung von Rohstoffabbau und Kriegsfinanzierung in der DR Kongo verdeutlicht. Der Effekt war jedoch begrenzt, weil sich die Firma aus der Region zurückzog.

- Im brasilianischen Carajás spielte der Dialog mit der Rohstoffindustrie immer eine zentrale Rolle. Öffentlicher Druck war aber auch hier nötig, damit die Firmen überhaupt zum Dialog bereit waren.

Das Beispiel Carajás

Ausgangspunkt für den Dialogprozess war der Wille der brasilianischen Zivilgesellschaft, nach Jahren der Militärdiktatur mitzuentscheiden. Die ersten Versuche beschränkten sich jedoch auf einzelne sektorale Initiativen. Es fehlte eine koordinierende Instanz, die die unterschiedlichen Gruppen zusammenführen konnte. Erst mit der Gründung des Forum Carajás fanden Gewerkschaften, Bauernorganisationen, indianische Völker und andere Interessengruppen zusammen und verständigten sich über Strategien und Aktivitäten. Dazu war ein intensiver Dialog der zivilgesellschaftlichen Organisationen untereinander notwendig. So zeichnete sich der Dialogprozess „Carajas" nicht nur durch das Gespräch mit der Industrie, sondern auch durch den Dialog und die Weiterqualifizierung innerhalb der Zivilgesellschaft aus.

Der Dialog mit der Eisenerzindustrie und deutschen Stahlunternehmen

Die Eisenerz- und Stahlindustrien in Brasilien und Deutschland sahen zunächst keine Notwendigkeit zu einem Dialog. Sie waren nicht bereit, eine Mitverantwortung in der Produktionskette zu diskutieren. Dies änderte sich auch nicht, als die damals überwiegend staatseigene Companhia Vale do Rio Doce (CVRD) 1991 an einer Akademietagung in Mülheim/Ruhr teilnahm. Trotzdem war es für die Teilnehmenden der brasilianischen Zivilgesellschaft bemerkenswert, dass sie in Deutschland mit der brasilianischen Industrie an einem Tisch sitzen konnten – in Brasilien selbst war dies damals noch nicht möglich. Der brasilianischen Zivilgesellschaft blieb zunächst keine andere Wahl, als durch Proteste und mit Unterstützung von internationalen Kampagnen sowohl

Die durch den Staudamm Tucuruí erzeugte Energie diente hauptsächlich zur energieintensiven Herstellung von Rohaluminium in Brasilien. Riesige Regenwaldflächen wurden überschwemmt und die Lebensgrundlage von Kleinbauern, Fischern und indigenen Gemeinschaften zerstört.

Wirtschaftsunternehmen als auch die Politik auf ihre Situation aufmerksam zu machen. Der deutsche Dialogpartner GKKE beteiligte sich nicht an den Kampagnen, sondern übernahm die Rolle, in Politik und Wirtschaft für die Teilnahme am Dialog zu werben. Die Beteiligung hochrangiger Kirchenvertreter erleichterte die Kontaktaufnahme.

Der Kristallisationspunkt des Dialogs mit der Eisenerzindustrie und den deutschen Stahlunternehmen sollte der Runde Tisch in São Luis 1995 werden, an dem 147 Personen teilnahmen, darunter eine deutsche Delegation mit 41 Mitgliedern. Diese Veranstaltung wurde sehr sorgfältig vorbereitet. Mehrmals jährlich hatten sich die Mitglieder der Fach- und Koordinationsgruppe zuvor in Deutschland und Brasilien getroffen. Intensive Vorgespräche, Auswahl der Teilnehmenden, Definition der Ziele und eine umfassende Informationsaufbereitung waren notwendig. Die deutsche Botschaft in Brasilien leistete große Hilfe, indem sie Kontakte knüpfte.

Ein Dialog mit der Stahl-und Eisenindustrie kam trotzdem nicht zustande. Der brasilianische Bergbaukonzern CVRD (jetzt Vale) sagte kurzfristig ab. In der Folge erschien auch die deutsche Stahlindustrie nicht am Runden Tisch. Aufgrund des großen Presseechos in Brasilien

Aluminiumrollen in einer Fabrikhalle: Das Leichtmetall gewinnt auch in der deutschen Automobilindustrie immer weiter an Bedeutung.

musste CVRD dies zwar später als Fehler eingestehen, die Gelegenheit zum Dialog war jedoch verstrichen.

Trotzdem war der Runde Tisch in mancher Hinsicht erfolgreich. Denn erstmals überhaupt trafen Vertreter und Vertreterinnen der Regierung, Parlamentarier und Organisationen der Zivilgesellschaft in der Carajás Region aufeinander, um strukturierte Gespräche zu führen. Die Kontakte zu Parlamentariern und -innen und der Regierung des Bundesstaates wurden verbessert, ausgebaut und zur Diskussion von Alternativen genutzt. Auch wenn der Dialog mit der CVRD und der deutschen Stahlindustrie nicht funktioniert hat, so war er auf der Ebene einzelner Firmen in Brasilien durchaus erfolgreich, besonders der Arbeits- und Gesundheitsschutz wurde verbessert.

Der Dialog mit der Aluminiumindustrie

Die GKKE-Veröffentlichung „Streitfall Aluminium" wirkte 1995 als Anstoß zum Dialog mit der deutschen Aluminium-Zentrale, dem Verband der deutschen Aluminiumindustrie. Eine gemeinsame Reise mit der Brasilienfachgruppe und der Aluminiumindustrie im November 1995 führte zu allen Etappen der Produktion in Amazonien. Diese Reise war ein zentrales Element beim Aufbau von gegenseitigem Verständnis und Vertrauen. Bereits in dieser frühen Dialogphase zeigte die Aluminiumindustrie auf deutscher wie auf brasilianischer Seite größeres Interesse am Dialog als die Stahlindustrie.

Das Interesse der Aluminiumindustrie konzentrierte sich auf die ökologischen Fragen. Darin spiegelte sich die akzeptierte Produktverantwortung für ihr vermeintlich relativ ökologisches Produkt Aluminium (leicht, stabil, recyclingfähig, kraftstoffsparend). Allerdings hatten die Manager und Managerinnen und Verbandsvertreter zunächst nur die Umweltproblematik bei der Verarbeitung des Roh-Aluminiums in Deutschland im Blick. Mit der ökologischen Situation in Amazonien beschäftigte sich die Industrie erst infolge des Dialogprogramms. Was die sozialen Fragen betraf – die Auswirkungen des Bauxitabbaus auf die Bevölkerungsgruppe der Quilombolas (Nachfahren geflohener afrikanischer Sklaven in Brasilien), die Zunahme von Malaria durch die Mückenplage am Stausee von Tucuruí und gewerkschaftliche Forderungen – kamen die Gespräche hingegen nur sehr langsam in Gang. Die Aluminiumindustrie begründete dies mit Informationsdefiziten. Zudem fühlten sich die Unternehmen bei Fragen zu Menschenrechten und sozialer Gerechtigkeit häufig nicht zuständig. Sie verwiesen auf die brasilianische Regierung.

Die internationalen Verflechtungen der Aluminiumindustrie machten die Verhandlungen nicht einfacher. Kanadische und US-amerikanische Firmen waren Hauptanteilseigner an den in Brasilien produzierenden Firmen, zum Beispiel Alumar. Dadurch musste der Radius der Dialoge um die Ansprechpartner in den Stammländern der Aluminiumindustrie erweitert werden.

Mit Hilfe des Dialogs konnten in der Aluminiumpro-

duktion und beim Bauxitabbau einige Forderungen vor allem zu verbesserten Arbeitsbedingungen in Brasilien durchgesetzt werden. Das Zusammenwirken von Öffentlichkeitsarbeit, Kampagne und Dialog war dabei entscheidend. Ein Novum des Aluminiumprozesses bestand darin, dass auf diese Art bereits Mitte der 1990er Jahre der Ansatz der Unternehmensverantwortung entlang der Lieferkette durch die parallelen Dialogansätze in Brasilien und Deutschland thematisiert werden konnte.

Fazit

Dialogprogramme, die konkrete Veränderungen bewirken möchten, bewegen sich in einem Spannungsfeld zwischen vertrauensbildenden Maßnahmen und Anklage. Während einerseits Anstrengungen der Bergbauindustrie zu mehr sozialer und ökologischer Verantwortung zu würdigen sind, müssen auf der anderen Seite bestehende Missstände benannt und behoben werden. Das Wechselspiel zwischen Druck und Dialog hat vielfältige Facetten und bedingt sich gegenseitig: Erst die Problemanzeige mit der Anklage der direkt Betroffenen löst den Dialog aus. Um diesen Dialog konstruktiv führen zu können, ist es notwendig, gegenseitiges Vertrauen aufzubauen und Verbündete innerhalb der Unternehmen zu identifizieren.

Ein weiterer Aspekt wird durch die Auswertung des Dialogprogramms verdeutlicht: Eine fundierte Analyse der Rahmenbedingungen ist notwendig, um die Komplexität des Dialogumfeldes zu erfassen und die zentralen politischen, wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure, ihre Beziehungen, Interessen und Machtverhältnisse untereinander zu verstehen. Erst aufgrund dieser Analyse wird deutlich, wer lokale Partner vor Ort sein können, wer einbezogen werden muss, wer die Adressaten für Forderungen sind, und welche Maßnahmen sinnvoll erscheinen.

Das Beispiel Kongo

Wie sehr Öffentlichkeitsarbeit, Kampagnen, Advocacy und Dialog ineinandergreifen und sich gegenseitig verstärken können, zeigt die Auseinandersetzung um die sogenannten Konfliktmineralien Coltan, Gold, Zinn und Wolfram aus dem Osten der Demokratischen Republik Kongo. Die Kontrolle über die Minen und über den Handel mit diesen Mineralien trägt seit vielen Jahren zur Finanzierung der verschiedenen bewaffneten Gruppen und somit zum Bürgerkrieg im Ostkongo bei.

Auch in Deutschland griffen Organisationen wie Pax Christi, Brot für die Welt und der EED das Thema auf. Ein Ziel einte sie: Frieden in der Region. Über den Weg dahin wurde jedoch gestritten. Während einige Organisationen

Ein paar Bröckchen Coltan

einen Boykott von Coltan aus dem Ostkongo forderten, orientierten sich andere wie Brot für die Welt und der EED stärker an den Forderungen ihrer Partner in der DR Kongo. Deren oberste Priorität bestand darin, Bedingungen zu schaffen, die eine friedliche Nutzung der Ressourcen für den Wiederaufbau und die Entwicklung des Landes ermöglichen sollten. Gute Informationsarbeit, gezieltes Lobbying, wirksame Vernetzung und Allianzbildung trugen dazu bei, dass mittlerweile erste verpflichtende Regulierungen und ergänzende freiwillige Leitlinien vorliegen:

- Die USA haben ein Gesetz zu Konfliktmineralien verabschiedet (Dodd Frank Act §1502). Dieses verpflichtet Unternehmen zur Sorgfaltspflicht in ihrer Lieferkette. Sie müssen nachweisen, dass sie keine Rohstoffe verwenden, die der Kriegsfinanzierung in der Region der Großen Seen dienen. Um das durchzusetzen, verweisen die Umsetzungsbestimmungen zum §1502 auf die Anwendung der OECD-Richtlinie zur Sorgfaltspflicht für Konfliktmineralien.
- Die OECD hat in einem Multistakeholder-Prozess Richtlinien zur unternehmerischen Sorgfaltspflicht erarbeitet, die die Risiken des Rohstoffhandels aus Konflikt- und Hochrisikogebieten analysieren und vorbereitende Maßnahmen vorsehen (Due Diligence Guidance for Responsible Supply Chains of Minerals from Conflict-affected and High Risk Areas).

- Im Juni 2016 einigten sich das EU-Parlament, die EU-Kommission und der Ministerrat auf eine Regelung, die verbindliche Sorgfaltspflichten für den Import unverarbeiteter Rohstoffe aus Konfliktgebieten in die EU vorsieht
- Als Reaktion auf die Regulierung haben sich eine Reihe freiwilliger Unternehmensinitiativen gegründet, zum Beispiel iTSCi des Verbandes der Zinnindustrie, EICC (Electronic Industries Citizenship Coalition) der Elektronikindustrie, GeSI (Global e-Sustainabiliy Initiative) der Kommunikationsindustrie und das industrieübergreifende Conflict Free Smelter Programm.

So sinnvoll es erscheint, den Handel mit Konfliktmineralien zu unterbinden, so deutlich ist auch, dass die Unterbindung des Handels allein nicht die Situation der Menschen vor Ort verbessert. Hierfür bedarf es vielmehr verschiedener flankierender Maßnahmen. Diese Verbindung zu ziehen, war dem Ökumenischen Netz Zentralafrika wichtig. Das ÖNZ hat sich daher auch immer gegen den Boykott der Rohstoffe aus dieser Region, und stattdessen für die Zertifizierung der Rohstoffe und die Unterstützung der Produzentinnen und Produzenten im Kleinbergbau ausgesprochen. Um negative Auswirkungen auf die Lebenssituation der Menschen im Kleinbergbau zu vermeiden, wurde neben der Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit der Austausch mit Regierungen und Unternehmen zur Einführung einer Zertifizierung und der Durchführung konkreter Projekte gesucht.

Das Beispiel Sudan

Im Sudan hat ECOS, zu der unter anderem auch der Evangelisches Entwicklungsdienst als Vorläufer des gemeinsamen Werks Brot für die Welt-Evangelischer Entwicklungsdienst zählte, die unterschiedlichen Strategien der Auseinandersetzung mit dem extraktiven Sektor zusammengeführt (Informationsarbeit, Kampagnen, Entwicklung von Benchmarks, Dialogangebote an Unternehmen).

Hinsichtlich der Erdölförderung im Sudan versuchte ECOS Druck auf die EU und die EU-Mitgliedsstaaten aufzubauen, damit diese ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Sudan an Bedingungen für einen Friedensprozess knüpfen. Schließlich galt die sudanesische Regierung trotz aller Menschenrechtsverletzungen als akzeptierter Partner der EU-Staaten. Außerdem wollte ECOS erreichen, dass Unternehmen keine Investitionen mehr tätigen. Sowohl eine härtere Politik der EU, als auch der Stopp der Erdölproduktion durch die Unternehmen sollte den Druck auf die sudanesische Regierung erhöhen sowie diese zu unverzüglichen und glaubwürdigen Verhandlungen veranlassen. Später differenzierten sich die Ziele hinsichtlich der Unternehmen aus. ECOS wollte mit den Firmen ins Gespräch kommen, um sie zu verantwortlichem Handeln zu bewegen. Öffentlicher Druck und Dialog wurden nicht als alternative Herangehensweisen verstanden, sondern bedingten sich gegenseitig.

Die Gespräche mit den Unternehmen waren eine Folge der Kampagnenarbeit für ein Aussetzen der Erdölproduktion und dem Schutz der Menschenrechte. Sie ließen sich darauf ein, weil die Lobby- und Advocacyarbeit in Europa eine große Öffentlichkeit und viele politische Akteure erreichte, in deren Folge Entscheidungsträger in Brüssel und den EU-Mitgliedstaaten eine kritische Position gegenüber der sudanischen Regierung einnahmen. Das Ziel der Gespräche bestand darin, die Unternehmen zu einem Stopp der Erdölproduktion zu bewegen. Die Konzerne wurden als Akteure betrachtet, die zum Frieden beitragen könnten.

Allerdings deutete manches daraufhin, dass die Unternehmen das Gespräch nur suchten, um die Kampagne zu neutralisieren. Sie fürchteten den Imageschaden, waren aber nicht zu wirklichen Zugeständnissen bereit. Für Lundin Oil hat die fehlende Auseinandersetzung mit den Informationen und Forderungen der zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie mangelnde Dialogbereitschaft dazu geführt, dass ECOS seine minutiösen Untersuchungen zur Rolle Lundins im Bürgerkrieg veröffentlicht hat und daraufhin in Schweden offizielle Ermittlungen durch die Generalstaatsanwaltschaft gegen Lundin eingeleitet wurden.

Fazit

Druck und Dialog sind keine Gegensätze, sondern ergänzen sich. In der Arbeit zum Kongo konnte durch die Mischung der Handlungsoptionen Öffentlichkeitsarbeit, Kampagnen, Advocacy und Dialog eine internationale Regulierung für Konfliktmineralien verwirklicht werden.

In der Carajás-Region wurden mit Hilfe des Dialogs einige Forderungen vor allem zu verbesserten Arbeitsbe-

dingungen in der Aluminiumproduktion durchgesetzt. Entscheidend war auch dabei das Zusammenwirken von Öffentlichkeitsarbeit, Kampagne und Dialog.

Auch im Tschad bewegten sich die Erdölnetzwerke und die AG Tschad kreativ zwischen Kampagne und Dialog. Da keine Einflussnahme auf die Regierung möglich war, entschieden sich einige der zivilgesellschaftlichen Organisationen für den Dialog mit Esso.

Die Erfahrungen haben auch gezeigt, dass Unternehmen in Dialogprozessen versuchen, gesetzliche Vorgaben zu umgehen, indem sie mit der Zivilgesellschaft einen Konsens aushandeln, der unterhalb bestehender Normen und Standards liegt. Für die Zivilgesellschaft sind dagegen bestehende Normen, Gesetze und Standards die Ausgangslage mit dem Ziel, weitergehende Vereinbarungen zu erreichen.

Unpaid Debt

„Unbezahlte Schulden“: So lautete der Titel des 2010 erschienenen Berichts, der die schwedische Staatsanwaltschaft veranlasste, Ermittlungen gegen Lundin Oil einzuleiten

Im November 2006, auf der Konferenz „Oil and the Future of Sudan“ in Juba, hatten sudanesische Nichtregierungsorganisationen ECOS gebeten, sie in ihrem Engagement für Entschädigungen und Reparationen in den Erdölgebieten zu unterstützen. Die über Jahre entstandene, umfangreiche ECOS-Datenbank konnte dafür genutzt werden. Alle Daten wurden systematisch aufgearbeitet und um fehlende Fakten ergänzt. So war es möglich, Satellitenaufnahmen der US-Regierung von der Erdölregion auszuwerten. Da die Bilder zeigten, wie stark sich die Landnutzung in den betroffenen Gebieten verändert hatte, konnten Rückschlüsse auf die Vertreibung der Menschen aus der Region gezogen werden.

Ein schließlich veröffentlichter Bericht legte Lundin und den anderen Mitgliedern des Ölkonsortiums eine Mitverantwortung für Kriegsverbrechen im Sudan zwischen 1997 und 2003 zur Last. Dem Konzern wurde vorgeworfen, eng mit dem sudanesischen Regime zusammenzuarbeiten, das Krieg gegen seine Bevölkerung führte. 12.000 Menschen wurden getötet, 160.000 vertrieben. Das Militär zerstörte ihre Häuser und Lebensgrundlagen. Es kam zu Vergewaltigungen, Folter und Kindesentführungen. Die Autoren von Unpaid Debt forderten die Regierungen Schwedens, Österreichs und Malaysias auf zu überprüfen, inwieweit die Ölunternehmen dieser Staaten für Verbrechen mitverantwortlich waren. Lundin Oil wies 2008 die Ergebnisse einer ersten Fassung des Berichts scharf zurück, ohne jedoch auf die dargestellten Sachverhalte im Einzelnen einzugehen.

Bis zur endgültigen Veröffentlichung sollte es noch zwei Jahre dauern. Weil sie rechtliche Schritte des Konzerns erwarteten, verlangten verschiedene ECOS-Mitglieder eine Überprüfung des Berichts. Unter anderem britische, schwedische und belgische Anwälte bewerteten das Dossier. Sie schätzten seine Qualität als hoch ein. Nach vielen Auseinandersetzungen innerhalb der Kerngruppe von ECOS erklärte sich der Vorstand von Pax Christi Niederlande bereit, das Risiko einzugehen und den Bericht zu veröffentlichen.

Der EED entschied sich jedoch gegen die Veröffentlichung. Die mit der Prüfung beauftragte Kanzlei in Hamburg bestätigte zwar die Qualität des Materials, hielt aber teure juristische Auseinandersetzungen wegen Rufschädigung für möglich. Das finanzielle Risiko war dem EED deswegen zu groß.

Der Bericht erschien offiziell am 10. Juni 2010. Abgeordnete des schwedischen Parlaments stellten kritische Fragen zum Verhalten von Lundin Oil im Sudan sowie zur Rolle des amtierenden schwedischen Außenministers Carl Bildt, der zur fraglichen Zeit (2000 bis 2006) im Aufsichtsrat von Lundin saß. ECOS forderte die schwedische Regierung auf, einen Untersuchungsausschuss einzurichten. Kurz danach nahm Schwedens Generalstaatsanwalt Magnus Elving die Ermittlungen auf. Bis heute ist der Fall nicht abgeschlossen. Die offiziellen Ermittlungen sind aber in jedem Fall ein großer Erfolg. Sie belegen, dass Unternehmen mittlerweile rechtliche Konsequenzen fürchten müssen, wenn sie Menschenrechtsverletzungen begehen.

2.3 Verknüpfung von allgemeinen Standards mit konkreten Prozessen

Während der vergangenen 15 Jahre sind eine Reihe internationaler Initiativen entstanden, die das Thema Wirtschaft und Menschenrechte aufgreifen und Standards setzen. Dazu gehören die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen und die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte (UN Guiding Principles on Business and Human Rights), die in Nationalen Aktionsplänen konkretisiert werden sollen. Für den Rohstoffsektor sind darüber hinaus spezifische Initiativen entstanden, die diesem Rohstoff-Industriezweig Regeln und Orientierung geben sollen. Dazu gehören:

- die Extractive Industries Transparency Initiative (EITI): Das Anliegen besteht darin, Transparenz über Zahlungen herzustellen, die Erdöl-/ Erdgas- und Bergbauunternehmen an die Regierungen der jeweiligen rohstoffreichen Länder leisten;
- die Voluntary Principles on Security and Human Rights, die Kriterien für den Umgang der Unternehmen mit staatlichen und privaten Sicherheitskräften festlegen;
- die Regulierungen zu Konfliktmineralien: das Dodd-Frank-Gesetz in den USA;
- die Leitlinien der World Commission on Dams (WCD) mit Standards für die Planung und Umsetzung von Staudammprojekten und deren Alternativen. Prioritäten liegen auf öffentlicher Akzeptanz, umfassender Bewertung aller Optionen, Erhalt von Flüssen und Lebensgrundlagen sowie Teilung des Nutzens.

Darüber hinaus haben sich Unternehmen auch eigene Standards gesetzt, die einen nachhaltigeren Abbauprozess der Rohstoffe zum Ziel haben, beispielsweise die Aluminium Stewardship Council, Responsible Jewellery und andere.

In den untersuchten Dialogprozessen wurde bereits der Versuch unternommen, die Arbeiten zu spezifischen Fällen und internationalen Standards miteinander zu verknüpfen. Angestoßen durch die Hinrichtung Ken Saro-Wiwas in Nigeria begann Brot für die Welt zusammen mit anderen Nichtregierungsorganisationen, die allgemeinen „Principles for the Conduct of Company Operations“ in der Erdölindustrie zu entwickeln. Diese Grundsätze waren eine wichtige Orientierung für die Advocacy- und Dialogarbeit im Tschad und Sudan und unterstützten die Entwicklung der Business Principles für Unternehmen im Erdölsektor durch ECOS.

Die Erfahrung aus den Fallbeispielen belegt, dass sich die konkrete Arbeit zu einzelnen Ländern und das Engagement zur Etablierung internationaler Standards ergänzen. So zeigt beispielsweise die Arbeit von ECOS im Sudan, dass sich Veränderungen zugunsten der Menschen nur durch Engagement zu einem konkreten Rohstoffabbauprojekt verhandeln und realisieren lassen. Internationale Normen, Richtlinien und Regeln bilden

Die Entwicklung von Bezugsnormen und Benchmarks im Sudan

Ab 2002 erarbeitete ECOS Standards (Benchmarks) für das Verhalten von Unternehmen des Erdölsektors. Das wichtigste Ziel: Der Abbau der Rohstoffe soll Entwicklung und Frieden dienen. Eine erste Version der „Benchmarks for Oil Exploitation in Sudan“ stellte die Initiative der Öffentlichkeit 2003 vor. In dieser wurden die Themen Sicherheit und Menschenrechte, Vertrauensbildung und Friedensförderung sowie Fairness und Entwicklung dargestellt und entsprechende Forderungen formuliert. Der Schwerpunkt lag auf der Problematik der Erdölförderung in Kriegssituationen. Standards zum Thema Umwelt spielten zunächst keine Rolle. In der Folge organisierten ECOS und das Sudan Ecumenical Forum mehrere Treffen im Sudan, um die Leitlinien bei den Partnern und Kirchen bekannt zu machen. ECOS wollte erreichen, dass die Kirchen und die Führung der südsudanesischen SPLM die Prinzipien übernahmen. Dieser Versuch scheiterte jedoch. Die Ansprechpartner interessierten sich nicht für den neuen Ansatz. Die Diskussion im Sudan war scheinbar bei den bis dahin gültigen Forderungen stehengeblieben. Diese lauteten: Suspendierung der Erdölförderung bis zu einem Friedensschluss und gerechte Verteilung der Erdöleinnahmen. Während eine weitergehende Debatte im Land selbst nicht erwünscht war, dienten die Business Principles in Europa als wichtigste Grundlage für die Gespräche mit den Unternehmen.

den Bezugsrahmen – die Umsetzung muss man jedoch im konkreten Fall durchsetzen. Die Arbeit in einzelnen Projekten und Regionen ist auch nötig, um glaubhafte Erfahrungen und Argumente in die Debatte über internationale Standards einbringen zu können.

In den Organisationen und Werke, die die Dialogprogramme zum Tschad, Sudan und in Brasilien trugen, ist die konkrete Fallarbeit mittlerweile zurückgefahren worden. Der Komplex wird allgemeiner und übergreifender bearbeitet. Brot für die Welt und andere zivilgesellschaftliche Organisationen haben entsprechende Stellen für Lobby- und Advocacy-Arbeit eingerichtet. Die personelle Kapazität für konkrete Arbeit an einem Fall, wie beispielsweise die Beschäftigung mit der Erdölförderung im Sudan oder im Tschad, wurde verringert.

Überlagerung von lokalen Ansätzen durch internationale Initiativen

Das Beispiel der Extractive Industries Transparency Initiative-Aktivitäten zum Tschad belegt, dass das einfache Übertragen internationaler Standards in den jeweiligen nationalen Kontext auch unbeabsichtigte Folgen haben kann. 2004 bildete sich im Tschad ein neues Netzwerk zum Thema Publish What You Pay (PWYP). Dieses wurde von Personen gegründet, die bereits in den bestehenden Erdölnetzwerken organisiert waren und nun extern finanziert als zivilgesellschaftliche Gruppe innerhalb EITIs organisiert ist.

2008 trat der Tschad der Extractive Industries Transparency Initiative dann offiziell bei. Die Regierung wollte sich damit vor allem internationales Renommee verschaffen. Die tschadische PWYP-Gruppe spielte das Spiel mit und verhalf der Regierung zu ungerechtfertigtem Imagegewinn.

Zuvor hatte sich die Zivilgesellschaft für die Kontrollinstrumente des Erdölprojekts engagiert. Diese waren an die nationalen Gegebenheiten im Tschad angepasst. Ab 2005 traten jedoch mehr und mehr internationale Konzepte wie EITI in den Vordergrund. An diesen arbeitete sich die Zivilgesellschaft ab. Die Zusammenarbeit innerhalb der tschadischen Zivilgesellschaft wurde damit noch schwieriger und konfliktreicher. Anstatt sich weiter um die Verwendung der fünf Prozent der Öleinnahmen zu kümmern, die für regionale Entwicklung reserviert waren, oder stringente Lobbyarbeit zu gestalten, verzettelten sich die beteiligten Akteure.

Das Beispiel Tschad belegt, dass internationale Initiativen widersprüchlich wirken können. Einerseits können sie festgefahrene nationale Prozesse beflügeln und neue Impulse setzen, andererseits können sie lokale und nationale Lösungswege überlagern.

Fazit

Internationale Standards sind wichtig. Sie können einen neuen rechtlichen Rahmen und zusätzliche Verpflichtungen für Regierungen und Unternehmen begründen. Die Arbeit an internationalen Regularien darf die praktische Intervention der Zivilgesellschaft in Entwicklungs- und Schwellenländern jedoch nicht ersetzen oder behindern.

Massaker von Eldorado dos Carajás: Am 17. April 1996 erschoss die Militärpolizei im Süden Parás 19 Mitglieder der Landlosenbewegung, die bei einem Marsch für eine Agrarreform die Bundesstraße blockierten.

Die konkrete Aushandlung von Konflikten erfolgt immer vor Ort. Sie hängt von den regionalen und nationalen Kräfteverhältnissen ab. Für diese Aushandlungsprozesse können internationale Standards einen Bezugsrahmen bilden. Sie lassen sich aber nur in konkreter Fallarbeit vor Ort durchsetzen. Deshalb muss die Arbeit an Normen und die Fallarbeit miteinander verschränkt werden.

Die aktuelle Tendenz der Hilfswerke, eher auf der strukturellen Ebene zur Verbesserung von Standards und internationalen Regularien tätig zu sein, vernachlässigt die unmittelbare Kooperation mit den Partnerorganisationen. Deswegen sollte die Arbeit an konkreten Rohstoffabbauprojekten wieder verstärkt und beide Ansätze verknüpft werden.

2.4 Unternehmensstrategien

In den Fallbeispielen lehnten die Unternehmen die Forderung der Zivilgesellschaft nach Dialog anfangs ab. Gespräche kamen erst zustande, wenn die Nichtregierungsorganisationen ausreichenden Druck aufgebaut hatten. Dieses Verhalten der Firmen steht in erstaunlichem Gegensatz zu ihrer offiziellen Corporate Social Responsibiliy-Politik. Beispielsweise Shell verfügte damals bereits über eigene Unternehmensprinzipen zu Menschenrechten. Auch Chevron, Texaco und andere Firmen hatten zusammen mit Nichtregierungsorganisationen „Freiwillige Leitlinien zu Sicherheit und Menschenrechte“ entwickelt, und innerhalb der UN-Menschenrechtskommission war die Diskussion über Wirtschaft und Menschenrechte in vollem Gang.

Nur für die Mangobäume, die aufgrund der Erdölförderung gefällt werden mussten, wurden die sudanesischen Bauern von Esso angemessen entschädigt. Die übrigen Entschädigungszahlungen blieben unter dem eigentlichen Wert.

Besonders deutlich wurde der widersprüchliche Umgang mit der eigenen Unternehmensstrategie im Sudan. Zur Exploration und Förderung hatten sich verschiedene Konsortien gebildet. Während die französische Total und die österreichische OMV positiv auf Gesprächsanfragen reagierten, gestaltete sich die Kommunikation mit dem schwedischen Konzern Lundin schwierig.

Die von ECOS, 2001 und 2003, an Lundin Oil geschriebenen Briefe blieben ohne Antwort. Mit der Zeit entwickelte sich die Arbeit zu Lundin Oil zum systematischsten Engagement von ECOS. Nach eigenen Angaben hatte Lundin Oil die sudanesische Bevölkerung konsultiert und sich für die Gesundheitsversorgung der betroffenen Bevölkerung engagiert. Im Endeffekt hatte das Unternehmen einen entsprechenden Verhaltenskodex und Leitlinien für die Beziehungen zu örtlichen Gemeinschaften entwickelt, Studien durchgeführt und das Sicherheitspersonal in Fragen der Menschenrechte geschult. Über diese Ansätze hinaus gab es keine ernsthafte Konsultation mit der lokaken Bevölkerung.

Im Tschad sah auch Esso, das führende Unternehmen des dortigen Erdöl-Konsortiums, anfangs wenig Veranlassung, auf die Dialogangebote der Zivilgesellschaft einzugehen. Auf die Kampagne in Europa und den USA reagierte der Konzern stattdessen mit Werbefilmen, die eine breite Unterstützung tschadischer Bäuerinnen und Bauern für das Erdölprojekt suggerierten.

Zwar kam es auf Drängen der Zivilgesellschaft zu Verhandlungen zwischen Esso und den tschadischen Bäuerinnen und Bauern über Entschädigungstarife für Mangobäume. Die Hoffnung auf weitere Entschädigungsverhandlungen erfüllte sich aber nicht. Die Tarife für andere Produkte wurden von der Regierung und Esso bestimmt. Sie blieben deutlich unter den tatsächlichen Werten.

Das Problem der Vereinnahmung

Statt auf die Gesprächsanfragen der Zivilgesellschaft einzugehen, versuchte Esso im Tschad mehrfach, Nichtregierungsorganisationen als Auftragnehmer für

In den 1960er Jahren wurden in Ostamazonien die größten Eisenerzlager der Welt entdeckt; zwanzig Jahre später begann der Abbau. In Deutschland kommt auch heute noch der größte Teil des zu Stahl verarbeiteten Eisenerzes aus dieser Region.

Projekte zur Abfederung der negativen Auswirkungen zu engagieren. Das verweigerten die tschadischen Netzwerke zunächst. Im Laufe der Zeit fanden sich jedoch einige nationale und internationale Nichtregierungsorganisationen, die Aufträge von Esso annahmen. Tschadische NGOs, die Mitglieder der Netzwerke waren, ließen sich 2008 von Esso für die Durchführung von Gemeinschaftsentschädigungen engagieren. Laut Vertrag mussten die Organisationen auch bei der Umsetzung der Entwicklungsprojekte die Interessen von Esso vertreten. Dieses Vorgehen untergrub nicht nur die Unabhängigkeit der beteiligten Organisationen, sondern zerstörte auch die Glaubwürdigkeit des Erdölnetzwerkes insgesamt.

Dass Unternehmen mittlerweile viel stärker auf ihre Kritiker zugehen und sie auch instrumentalisieren, verdeutlicht das Vorgehen des Bundesverbandes der Industrie (BDI) bezüglich einer Studie zu Konfliktmineralien. Der BDI beauftragte das deutsche Ökoinstitut, das den Auftrag nach langer interner Diskussion auch annahm. Das ÖNZ war beratend beteiligt. Die Autoren der Studie kamen zu dem Schluss, dass eine verbindliche Offenlegungspflicht zu Konfliktmineralien zurzeit nicht notwendig und eine freiwillige Vorgabe ausreichend sei. Daneben enthielt die Studie eine Reihe weiterer wichtiger Empfehlungen. Doch der BDI hob bei der Vermarktung des Berichts nur den Aspekt der Freiwilligkeit hervor. Alle anderen Empfehlungen blieben weitgehend unberücksichtigt. Offenbar wollte der Verband durch die Kooperation mit dem Ökoinstitut vor allem einen renommierten Fürsprecher für seine Forderung nach Freiwilligkeit präsentieren.

Fazit

Während der vergangenen 20 Jahre haben alle Unternehmen im Rohstoffsektor an ihrem Image gearbeitet. Einige Firmen nehmen Multistakeholder-Initiativen und Dialogprozesse inzwischen ernst. Das eröffnet der Zivilgesellschaft grundsätzlich neue Möglichkeiten der Intervention. Allerdings zeigen die Beispiele, dass die Zivilgesellschaft damit auch in Gefahr geraten kann, zur Legitimation von Industrievorhaben instrumentalisiert zu werden. Die Einbindung in Multistakeholder-Dialoge kann Möglichkeiten eröffnen, Rohstoffprojekte umwelt- und sozialverträglicher zu gestalten, aber auch sozialen Protest neutralisieren und Protestbewegungen spalten. Um eine angemessene eigene Strategie zu entwickeln, sollten Nichtregierungsorganisationen die jeweilige Unternehmenspolitik im Detail untersuchen und die Machtrelationen analysieren.

Kapitel 3

Strategische Bausteine für Kampagnen- und Dialogprozesse

„Fähig werden, darauf zu reagieren, wie die Situation es erfordert." Das war der Ansatzpunkt Werner Lottjes, dem langjährigen Leiter des Menschenrechtsreferates des Diakonischen Werks der Evangelischen Kirche (Vorgängerorganisation des Evangelischen Werks für Diakonie und Entwicklung, zu dem Brot für die Welt als Hilfswerk gehört). Den Netzwerken in den untersuchten Fallbeispielen ist genau das gelungen, solange sie die Koordination, Arbeitsteilung und Kommunikation untereinander ernstnahmen.

3.1 Stärkung der Zivilgesellschaft und Erkennen von Konflikten

Die Stärkung der Zivilgesellschaft in den Partnerländern ist für Brot für die Welt ein erklärtes Ziel seit seiner Gründung. Auch in den vier Fallbeispielen ging es in erster Linie darum, die zivilgesellschaftlichen Organisationen darin zu unterstützen, eigene Positionen zu erarbeiten, ihnen die Möglichkeit zu geben, Expertise aufzubauen und ihre Positionen gegenüber Regierung und Unternehmen zu vertreten.

Ein wichtiger Faktor war deshalb die Netzwerkbildung vor Ort. In Carajás ist es gelungen, die Verknüpfung von Sektoren der Zivilgesellschaft herzustellen, die üblicherweise nicht eng kooperierten. So bildeten Kleinbauernfamilien und Fischer gemeinsame Allianzen mit Gewerkschaften aus dem Stahl- und Aluminiumbereich. Schwierig blieb es dagegen bis zum Ende des Dialogprogramms, dauerhafte Koalitionen mit den indigenen Völkern zu schmieden. Trotz identischer Ziele waren Ausgangsbasis, Strukturen und Lebenswelten zu unterschiedlich.

Solidarische Unterstützung der Zivilgesellschaft beinhaltet aber auch, die Ressourcen- und Machtfragen innerhalb der Zivilgesellschaft zu analysieren. Denn neben den wirklich Betroffenen und Engagierten finden sich immer wieder Akteure, die auf fahrende Züge aufspringen, ohne sich langfristig beteiligen zu wollen. Dramatisch deutlich wurde dies im Falle der Erdölförderung im Tschad. Dort verhinderten Auseinandersetzungen innerhalb der Zivilgesellschaft den Dialog mit Esso. Auch wenn das Unternehmen für das Scheitern des Dialogs mitverantwortlich war, so hat die tschadische Zivilgesellschaft viel dazu beigetragen.

Die internationalen Netzwerke hatten das interne Konfliktpotenzial im Tschad, das sich unter prekären finanziellen und persönlichen Bedingungen in fragilen Kontexten aufbauen kann, nicht oder zu spät beachtet. Dabei spielten idealisierende Vorstellungen über die Partner eine Rolle. Sie verstellten den Blick auf die Realität. Die Netzwerke projizierten zu viel in die tschadische Zivilgesellschaft hinein. Das müssen sich besonders diejenigen internationalen NGOs vorwerfen lassen, die im Tschad eine Interessenvertretung nach dem Muster der sozialen Bewegungen Lateinamerikas suchten.

Wer die Zivilgesellschaft im Projektland tatsächlich stärken will, muss sich deshalb bemühen, Konflikte frühzeitig zu erkennen und zu benennen. Auch dann bleibt freilich ein Spagat zwischen der solidarischen Zusammenarbeit mit und der Kritik an den Partnerorganisationen. Dieser Zwiespalt lässt sich nur durch detaillierte, kontinuierliche Analyse und gute Kooperation überwinden.

Vor allem bedarf es einer eingehenden Analyse der Bedingungen, unter denen zivilgesellschaftliche Organisationen in den Projektländern arbeiten. Die internationalen Netzwerke können leicht nationale zivilgesellschaftliche Prozesse überfrachten und versuchen Prozesse zu beschleunigen, indem sie Aufgaben oder Repräsentanz übernehmen, die ihnen nicht zusteht. Von daher ist in den Netzwerken auch Selbstreflektion gefordert.

3.2 Der Schutz der Aktivistinnen und Aktivisten aus der Zivilgesellschaft

Die Arbeitsbedingungen der zivilgesellschaftlichen Partner in fragilen Ländern sind gefährlich, weil sie zentrale Einnahmequellen der Herrschenden bedrohen. Darauf reagieren diese mit Repression. Der Schutz der Aktivisten und -innen muss daher ein zentraler Bestandteil der Kampagnen- und Advocacyarbeit sowie der Dialogprozesse sein.

Das Engagement zum Schutz der Partner war eine der großen Stärken der AG Tschad/AG Erdöl und der Organisationen im Umfeld. Immer wieder hat sich die AG erfolgreich für bedrohte und verhaftete Mitglieder der tschadischen Zivilgesellschaft eingesetzt. Noch heute wirken diese Strukturen nach. So konnten alte Kontakte mobilisiert werden, als 2015 der Leiter der Association

Der Dialog im Tschad scheiterte

Erst relativ spät – im Jahr 2010 – zeigte sich Esso an einem Dialog mit der Zivilgesellschaft im Tschad interessiert. Die Weltbank war bereits nicht mehr im Projekt präsent, da der Kredit abbezahlt war, die tschadische Regierung hatte die ursprünglichen Vereinbarungen zur Verwaltung und dem Monitoring der Erdöleinnahmen gebrochen. Die Situation in den Erdölgebieten war für die örtliche Bevölkerung verheerend. Vor diesem Hintergrund unternahmen Teile der tschadischen Zivilgesellschaft mit Beteiligung des Bischofs von Moundou einen erneuten Versuch, in einen Dialog mit Esso zu treten. In ersten Gesprächen wurden mit Esso folgende Etappen vereinbart:

- Die Fachleute von Esso und der zivilgesellschaftlichen Dialogkommission, CCDL, einigen sich auf die zu verhandelnden Themen.
- Esso und CCDL tauschen vorhandene Studien und Ergebnisse über ein gewähltes Thema aus.
- Die Fachleute prüfen die Fakten und besuchen, wenn nötig, gemeinsam die Region.
- Esso und CCDL tauschen Lösungsvorschläge aus, verhandeln und beschließen diese nach Rücksprache mit den Leitungen von Esso und CCDL.

Als Pilotproblem für den Dialog wurde die schlechte Bodenfruchtbarkeit der zurückgegebenen Felder ausgewählt. Aber auch über die Lage der besonders betroffenen Bevölkerung, die Gemeinschaftsentschädigungen und die harten Sicherheitsmaßnahmen, die das Leben im Erdölgebiet zur Qual machten, wollten CCDL und Esso diskutieren. CCDL und Esso besuchten dazu im Juli 2012 gemeinsam verschiedene restaurierte Flächen. Beide Teams verfassten Berichte, in denen die Einschätzungen nicht weit auseinanderlagen. Nun sollten in der nächsten Etappe Lösungen verhandelt werden. Aber zu diesem Treffen kam es nicht mehr. Die Erdölnetzwerke hatten interveniert.

Die neu gegründete CCDL hatte in kurzer Zeit eine erstaunliche Dynamik entwickelt, Alternativen konzipiert, viele neue Akteure, darunter kompetente tschadische Wissenschaftler mobilisiert, und war überhaupt mit Esso ins Gespräch gekommen. All das war den Erdölnetzwerken seit Jahren nicht mehr gelungen. Doch anstatt sich in den Dienst dieser Dynamik zu stellen, suchten die Netzwerke ab Mitte 2011 nach Wegen, die aus ihrer Sicht unerwünschte Konkurrenz zu stoppen. Zwei Formulierungen im Esso-Entwurf der Konvention dienten als Vorwand: Esso wollte Kontakte mit anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen ausschließen und die Teilnehmenden verpflichten, keine juristischen Wege zu beschreiten. Beides wurde im finalen Text verändert. Dennoch war CCDL ab September 2011 mit Anschuldigungen und massiver Kritik konfrontiert. Der Bischof wurde als Verräter bezeichnet, weil er die Konvention mit Esso unterschrieben hatte.

Zwar hatte Esso die Konvention maßgeblich formuliert, aber CCDL hatte trotzdem eingewilligt, denn: Das Unternehmen hätte sich sonst nicht auf weitere Gespräche eingelassen. Es existierte so eine wirkliche Chance für Lösungen. Außerdem bestand für CCDL jederzeit die Möglichkeit, aus dem Dialog auszusteigen. Der Bischof betrachtete die Gefahr, instrumentalisiert zu werden, deshalb als begrenzt.

Zu Beginn des Dialogs zeigte sich Esso interessiert, Lösungen für Umweltprobleme in der Erdölregion zu erarbeiten. Als jedoch der Konflikt innerhalb der Zivilgesellschaft aufflammte, engagierte sich das Unternehmen kaum, um die Initiative zu retten. So scheiterte der Dialog vor allem aufgrund des internen Streits der zivilgesellschaftlichen Akteure. Weil einige von ihnen kein Interesse daran hatten, wurden die Umstände bis heute nicht aufgearbeitet.

Soziale und ökologische Auswirkungen spielten beim Bau des Wasserkraftwerkes Tucuruí in Brasilien keine Rolle. Auch Jahre nach der Inbetriebnahme diskutieren Aktivistinnen und Aktivisten Strategien, um endlich die versprochenen Entschädigungen zu erreichen.

Ngaoubourandi, Djeralar Miankeol, verhaftet und zunächst in einem unfairen Prozess zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt wurde. In der Berufungsverhandlung folgte jedoch der Freispruch. Die Association Ngaoubourandi ist Partner von Brot für die Welt und engagiert sich für die Landrechte marginalisierter Bevölkerungsgruppen im Süden des Tschad. Djeralar Miankeol ist seit 1999 an der Arbeit zu Erdöl beteiligt.

Seine Freilassung war das Ergebnis der Kraftanstrengung und internationalen Zusammenarbeit einiger weniger Aktiver. Gegenseitiges Vertrauen unter Betroffenen und Partnern, Fähigkeit zur Mobilisierung, Zugänge zu einflussreichen Institutionen und Personen, Expertise in der Menschenrechtsarbeit und eine konstante, intensive Kommunikation waren die Voraussetzungen für diesen Erfolg.

Auch im Sudan, der Demokratischen Republik Kongo und in der Carajás Region bildete der Schutz der Aktivistinnen und Aktivisten vor Ort einen zentralen Bestandteil der Arbeit.

3.3 Vertrauen aufbauen

Lehrbücher über Dialogprozesse benennen den Aufbau von Vertrauen als wichtige Grundlage, um eine gemeinsame Gesprächsbasis zu etablieren. Vertrauen und Verlässlichkeit müssen aber auch zwischen den zivilgesellschaftlichen Partnern herrschen. Strukturen in fragilen Kontexten wie im Sudan, im Tschad oder der DR Kongo zu etablieren, erfordert eine langfristige Perspektive, flexibles Arbeiten mit Personen, Vereinen, Kirchen, lokalen Nichtregierungsorganisationen und informellen Netzwerken. Nur durch diese intensive, gemeinsame Beschäftigung mit den Herausforderungen entsteht das nötige Vertrauen. Erst dann lassen sich Wege finden, um mit den Herausforderungen umzugehen.

Gemeinsames Lernen der zivilgesellschaftlichen Organisationen in den rohstoffreichen Ländern und in Deutschland/Europa ist ein wichtiger Bestandteil solcher Vorhaben. Besonders deutlich wurde dies im

Die schützende Struktur im Sudan

Alle sudanesischen Partnerorganisationen stuften die Vor-Ort-Arbeit zur Erdölförderung im Sudan als gefährlich ein. Zivilgesellschaftliche Strukturen existierten kaum. Demzufolge fungierten die Kirchen als wichtigste Vertreter der in den Erdölgebieten lebenden Menschen. Vor diesem Hintergrund befürchteten Kirchenvertreterinnen und -vertreter und ihre europäischen Partnerorganisationen, dass die Kirchen unmittelbar gefährdet wären, wenn sie mit Protesten gegen die Erdölproduktion in Verbindung gebracht würden. So entschied man, eine neue, internationale Struktur außerhalb des Sudan Ecumenical Forum (SEF) ins Leben zu rufen. Diese sollte die Arbeit zum Erdöl im Sudan international koordinieren und das Gefährdungspotential für die sudanesischen Partner mindern. 2001 wurde also die European Coalition on Oil in Sudan (ECOS) gegründet. Pax Christi Niederlande übernahm die Koordination. Um dem Risiko entgegenzuwirken, dass die Kampagne zu sehr von außen gesteuert würde, wollte man eng mit den sudanesischen Partnern kooperieren und auch die sudanesische Diaspora einbeziehen.

Carajás-Dialog. In der minutiösen Vorbereitung auf die Runden Tische haben die Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften und Universitäten Informationen und vertiefende Studien erstellt, die es erlaubten, gut informiert und mit klaren Vorstellungen in die Treffen mit den Regierungs- und Unternehmensvertretern zu gehen. Das gemeinsame Lernen hat es auch ermöglicht, die Strukturen des extraktiven Sektors besser zu verstehen und die lokalen Organisationen darin zu unterstützen, ihre Alternativen für die Entwicklung der Region zu erarbeiten. Die Vorbereitung auf Dialog und Konfrontation wurde zu einer „Schule für alle", die in den Prozess involviert waren. Auch dadurch wurde das gegenseitige Vertrauen gestärkt.

Um glaubwürdig zu sein, sollten sich die europäischen Organisationen auch personell in den Kampagnen und Dialogprozessen engagieren. Allein durch die finanzielle Förderung von Projekten zur Netzwerkarbeit entsteht kein Vertrauen.

Ein weiterer wichtiger Vertrauensfaktor ist außerdem Transparenz. Als der Eindruck entstand, dass einzelne Nichtregierungsorganisationen hinter dem Rücken anderer partikulare Interessen verhandelten, spaltete Misstrauen die Netzwerke im Tschad. Um so etwas zu verhindern, muss die Forderung nach der Transparenz von Verhandlungen auch gegenüber den Unternehmen vertreten werden.

3.4 Alternativen entwickeln

Dialogprozesse haben nur Sinn, wenn ihnen eine positive Zukunftsvision zugrunde liegt. Diese sollte man zusammen mit der betroffenen Bevölkerung formulieren.

Im Tschad wurde intensiv an alternativen Konzepten gearbeitet. Dabei ging es zum einen um Instrumente, die die Rechte der Bevölkerung wahren und Beziehun-

Beispiele für Alternativen

Der 2010 beginnende Dialog mit Esso im Tschad startete mit einer gemeinsamen Definition der wichtigsten Probleme. Im Vordergrund standen eine höhere Qualität der an die Bauernfamilien zurückgegebenen Böden und die Entwicklung eines angepassten Entschädigungssystems. Zur Restaurierung der Böden erstellten zwei tschadische Wissenschaftler der Universität Tschad und die landwirtschaftliche Forschungseinrichtung ITRAD Analysen und erarbeiteten Vorschläge.

Um Alternativen zum damals aktuellen Entschädigungsverfahren zu erarbeiten, wertete eine Nichtregierungsorganisation die Ergebnisse der Gemeinschaftsentschädigungen aus und organisierte sowohl in N'Djamena als auch Bonn Workshops mit internationaler Besetzung. Tschadische Geographinnen und Geographen, Agraringenieure und Sozialwissenschaftlerinnen, die sich mit den Themen auskannten, konnten wichtige Hinweise geben. Nach den Workshops bildeten sie eine kleine Arbeitsgruppe, um einen alternativen Entschädigungsplan zu erarbeiten, der als Grundlage für den Dialog dienen sollte. Diese Arbeit brachte viele Einsichten, die zehn Jahre zuvor nicht absehbar waren. Der alternative Plan wurde freilich nicht fertiggestellt, da der Dialog vorher abbrach. Doch auf der Basis der Überlegungen veröffentlichten BICC, AG Tschad und Brot für die Welt eine Publikation (Brot für die Welt/ BICC/ AG Tschad (2013): Compensation matters). Um die Bevölkerung in die Reflexion einzubinden, hatten sie eine Gruppe von Betroffenen und die traditionellen Chefs aus den Ortschaften Moundouli, Ngalaba und Maïkeri ausgewählt, die die Recherchen begleiteten.

Im Falle des Aluminiumdialoges in Brasilien entwickelte die Universität von Sao Paulo alternative Szenarien zur hoch spezialisierten, aber wenig arbeitsplatzintensiven Aluminiumproduktion. Brasilien stellte damals nur Roh-Aluminium her und exportierte es nach Europa, Japan und in die USA. Dort, nicht in Brasilien, entstand dann die eigentliche Wertschöpfung des Aluminiums auf der Stufe der Weiterverarbeitung. Die Studien der Universität von Sao Paulo zeigten alternative, regionale Entwicklungswege auf. Mit der im Staudamm Tucuruí erzeugten Energie könnte als Alternative zur Herstellung von Roh-Aluminium eine Vielzahl von Arbeitsplätzen zum Beispiel in der brasilianischen Nahrungsmittel- oder Bekleidungsindustrie entstehen.

gen zwischen Bevölkerung und Unternehmen gestalten sollten (Konsultation, Entschädigungssysteme etc.). Zum anderen stand die transparente Verwendung der Erdöleinnahmen für die Entwicklung des Landes (Gesetzgebung, Kontrolle, Anteile für die betroffenen Regionen) im Mittelpunkt. Erst die Entwicklung von alternativen Konzepten machte die zivilgesellschaftlichen Akteure zum anerkannten Gesprächspartner für die Weltbank, für Parlamentarierinnen und Parlamentarier und Unternehmen.

Auch in der Demokratischen Republik Kongo hat sich das ÖNZ auf die Entwicklung von Alternativen konzentriert. Man widmete sich der Frage, wie die Transformation von einer Gewalt- in eine Friedensökonomie aussehen könnte und welche Rolle die Rohstoffindustrie dabei spielen sollte.

Neben internationalen Verpflichtungen zur Unternehmensverantwortung wertete das ÖNZ die Zertifizierung von Rohstoffen als Möglichkeit, verantwortungsvolles Handeln zu fördern. Menschenrechts-, sozial- und umweltverträgliche Abbau- und Vermarktungsbedingungen sollten dazu beitragen, den Ressourcenreichtum des Landes für Wohlstand und Entwicklung zu nutzen. Besonders Coltan könnte eine Einkommensquelle für die Bevölkerung werden, so die Hoffnung. Allerdings war den Mitgliedsorganisationen des ÖNZ klar, dass Zertifizierungsprozesse nur die zweitbeste Lösung darstellten.

Leider sahen allerdings einige Mitgliedsorganisatio-

Die Blockade der tschadischen Zivilgesellschaft

Das Scheitern der Netzwerkarbeit der tschadischen Zivilgesellschaft ab 2007 bahnte sich lange an. Die internationalen Organisationen wollten das jedoch nicht wahrhaben. Strukturen und Individuen wurden weiter unterstützt, obwohl diese bereits ihre Legitimation und fachliche Kompetenz verloren hatten. In den tschadischen Erdölnetzwerken fehlten große Verbände der tschadischen Zivilgesellschaft (religiöse Gemeinschaften, Gewerkschaften). Kirchen und muslimischen Organisationen sahen im Engagement zum Thema Erdöl nicht kalkulierbare Risiken. Die AG Tschad hat dies zwar regelmäßig thematisiert, aber die Netzwerke und ihre Partner handelten nicht.

Die Erdölnetzwerke veränderten sich schleichend. Zunächst wurden unerfahrene junge Mitarbeiter als Koordinatoren angestellt. Diese ließ man in ihrer Arbeit allein. Sie waren oft überfordert, bekamen aber keine Unterstützung. Mit zunehmend größeren Budgets erhielten sie die Gelegenheit, Expertise einzukaufen. Mit der Zeit setzten sie die Mittel jedoch eher dafür ein, um bestimmte Personen an sich zu binden. So entstanden intransparente Kleingruppen, die Informationen monopolisierten und Entscheidungsprozesse manipulierten. Mit dem guten Ruf der Vergangenheit hatte man ein System etabliert, das es dieser Gruppe ermöglichte, die tschadische Zivilgesellschaft zu repräsentieren, ohne Rechenschaft ablegen zu müssen. Um ihre Interessen zu wahren, blockierte dieser kleine Kreis von nicht mehr als zehn bis 15 Personen neue Ideen und Initiativen. Der Verlust an Glaubwürdigkeit und Anziehungskraft führte schließlich dazu, dass die Netzwerke unattraktiv für neue Mitglieder wurden.

Gleichzeitig zogen sich einige anerkannte Persönlichkeiten zurück. Ab 2005 kam es zu permanenten Konflikten zwischen den Akteuren, bei denen es um Zugang zu Ressourcen der Geldgeber, Prestige, Einfluss, Entscheidungsbefugnisse, Teilnahme an Reisen und Posten ging, aber nur selten um Inhalte.

Weil viele Akteure der tschadischen Zivilgesellschaft mit dieser Situation unglücklich waren, versuchten mehrere Initiativen einen Neustart. Alle scheiterten jedoch daran, dass man sich nicht auf ein gemeinsames Vorgehen einigen konnte. Erst ab 2014 mussten sich die Erdölnetzwerke Sorgen um ihre Finanzierung machen.

Dies sind Probleme, die man in einem fragilen und repressiven Kontext wie dem Tschad nur schwer thematisieren kann. Denn jede Thematisierung führt zu öffentlichen Anschuldigungen. Das destruktive Fehlverhalten von Schlüsselpersonen nicht zu sanktionieren, sondern über Jahre zu honorieren, hat die tschadische Zivilgesellschaft nachhaltig geschwächt. Auch deshalb nahm die Verhandlungsmacht der tschadischen Elite zu. Bevölkerung und Zivilgesellschaft sind dagegen fragmentiert und heute weniger in der Lage, ihre Interessen zu verteidigen als 1999.

nen nicht die Notwendigkeit, sich mit den Details der Zertifizierung von Coltan und anderen Konfliktmineralien auseinanderzusetzen. Auch wegen mangelnder zeitlicher und finanzieller Ressourcen scheuten sie vor diesem Engagement zurück. In den internationalen Debatten über die OECD Guidance zu Konfliktmineralien war das ÖNZ deshalb nicht vertreten.

Ein großer Vorteil der in dieser Publikation vorgestellten Prozesse bestand nicht nur darin, dass sie an die Bedingungen vor Ort angebunden waren, sondern auch, dass die Projektländer den Takt vorgaben. Das war richtig so: Denn Alternativen, die den Interessen der Bevölkerung dienen, können nur vor Ort entwickelt werden.

In allen Fallbeispielen erarbeiteten die Beteiligten Alternativen zur herrschenden Regierungs- und Unternehmenspolitik. Diese waren wichtige Elemente, um fundierte Forderungen in Gesprächen und Dialogforen zu stellen. So ließen sich klare Ziele für die Gespräche mit Unternehmen oder Regierungsvertretern definieren.

3.5 Kritische Reflexion des eigenen Handelns

Rohstoffprojekte können zerstörerische Faktoren weiter verstärken. Aber auch das Verhalten nationaler und internationaler Nichtregierungsorganisationen hat mitunter negative Auswirkungen. Ein Fehler besteht darin, Erfahrungen aus fremden Kontexten auf ein anderes Land und seine Zivilgesellschaft zu übertragen.

So gingen Organisationen in Europa und den USA jahrelang von falschen Annahmen über die Selbstorganisation der Bevölkerung und Zivilgesellschaft im Tschad aus. Vielleicht geschah dies unbewusst, oder war diktiert vom Zwang, Erfolge zu vermelden, um sie in der eigenen Öffentlichkeitsarbeit zu vermarkten. Die Projektion, die die lokale Bevölkerung und Nichtregierungsorganisationen zu einer homogenen Gruppe im Widerstand gegen Rohstoffprojekte idealisierte, verhinderte jedenfalls eine realistische Einschätzung der Situation vor Ort.

Intransparenz, Klientelismus und Korruption sind auch in zivilgesellschaftlichen Organisationen anzutreffen. Solchen Deformationen vorzubeugen ist unbedingt nötig, um Glaubwürdigkeit und Einfluss der kritischen Akteure zu erhalten. Um negative Auswirkungen rechtzeitig zu erkennen und einzudämmen, müssen die Nichtregierungsorganisationen und Werke die Entwicklungen in ihren Partnerorganisation und Netzwerken aufmerksam beobachten. Regelmäßig sollten sie das eigene Engagement analysieren und überprüfen.

3.6 Informationsarbeit und Kooperation mit der Wissenschaft

Die Grundlagen für die Kampagnenarbeit, die Lobbyarbeit und den Dialog in den untersuchten Fällen waren das kontinuierliche Beschaffen, Aufarbeiten und Verbreiten von Information. In allen vier Beispielen dienten gut recherchierte Studien als Ausgangspunkt, um internationale Aufmerksamkeit für das jeweilige Thema zu erlangen und als Gesprächspartner ernst genommen zu werden. In der Lobbyarbeit gegenüber Politik und in Gesprächen mit Unternehmen waren harte Fakten und klare Vorstellungen über Ziele und Alternativen unabdingbar. Basisbewegungen wurden durch diese Zusammenarbeit qualifiziert und konnten in Gesprächen mit Politik und Wirtschaft auf Augenhöhe agieren.

- Zwischen 1998 und Anfang 2001 erschien eine große Zahl gut recherchierter Berichte zum Krieg im Sudan, unter anderem von Human Rights Watch, Christian Aid, International Crisis Group, Sudan Update, Julie Flint. 2002 wurde beispielsweise der Bericht von Diane de Guzman, „Depopulating Sudan's Oil Regions", publiziert. Die Veröffentlichung solcher Dokumente wurde ein wichtiges Element der Strategie von ECOS.
- Hinsichtlich der Demokratischen Republik Kongo wiesen Nichtregierungsorganisationen wie Global Witness und Partnership Africa Canada in ausführlichen Studien den Zusammenhang zwischen extraktiver Industrie und Konfliktfinanzierung nach.
- In Brasilien wurden in Zusammenarbeit mit Universitäten Studien zu den Auswirkungen der Lieferkette beispielsweise von Aluminium erstellt.

Das Dialogprogramm unterstützte auch in Deutschland zahlreiche Studien über die volkswirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Auswirkungen der Lieferkette des Aluminiums. Dies war möglich, weil die GKKE-Fachgruppe Brasilien mit der Universität Kassel

zusammenarbeitete. Fachleute weiterer Universitäten und Institute leisteten ebenfalls Beiträge.

In Brasilien wurden Studien von Betroffenen und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der Universität Belém, dem Altos Estudos da Amazônia (AEA) und verschiedenen Fakultäten der Universitäten von Maranhão gemeinsam erstellt. Ein tragendes Element war dabei die grafische Zusammenstellung der Konfliktvielfalt in einer thematischen Landkarte. Weil die betroffene Bevölkerung in die Arbeit eingebunden war, konnte sie schließlich mit wissenschaftlichem Rückhalt argumentieren. Zum Sudan, Tschad und zur DR Kongo erfolgte eine ähnliche Arbeit eher über Studien, die Mitgliedsorganisationen bei Fachleuten in Auftrag gaben. Während im Tschad und in der DR Kongo auch nationale Experten eingebunden waren, gelang dies im Sudan nicht.

Für die Diskussion mit Staat und Industrie auf Augenhöhe ist die Zusammenarbeit mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie Fachleuten jedoch eine sehr gute Möglichkeit, die eigene Argumentation ausgehend von einem soliden Fundament zu entwickeln.

Die Akteure einschätzen

Die Auswertung der Fallbeispiele verdeutlicht, dass die Komplexität des Dialogumfeldes nicht nur eine fundierte Analyse der Rahmenbedingungen erfordert, sondern auch der politischen, wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure, ihrer Beziehungen, Interessen und Machtverhältnisse. Erst diese Analyse zeigt, wer potenzielle lokale Partner vor Ort sind, wer einbezogen werden sollte, wo die richtigen Adressaten für Forderungen sitzen und welche Maßnahmen sinnvoll erscheinen.

Reisen bildet

Exposure-Programme hatten in Brasilien eine herausragende Bedeutung. In der ersten Phase fanden zwei Exposure-Programme statt: im Vorfeld des Runden Tisches in São Luis im Mai 1995 und wenige Monate später zusammen mit der deutschen Aluminiumindustrie. In der zweiten Phase zwischen 1997 und 1999 organisierten die Akteure – neben den gemeinsamen Koordinationstreffen in Brasilien und Deutschland – größere Delegationsreisen, mit denen jeweils auch Dialoge mit Politik und Wirtschaft

Das Exposure-Programm im Vorfeld des Runden Tisch von São Luis

Im Vorfeld des Runden Tisches 1995 in Carajás wurde den deutschen Teilnehmenden die Gelegenheit geboten, sich in einem von sechs Exposure-Programmen mit der Problematik des Carajás-Korridors auseinanderzusetzen. Die Programme führten nach Parauapebas-Carajás, Marabá, Imperatriz-Açailândia, Médio Mearim und São Luis, São Luis Sozialpastoral. Mehr als drei Viertel der Teilnehmenden der deutschen Gruppe nutzten diese Gelegenheit. Die Besuchs- und Begegnungsprogramme waren darauf ausgerichtet, Einblicke in den sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Kontext der Region zu verschaffen. Sie boten darüber hinaus die Möglichkeit, die betroffene Bevölkerung in ihrem Lebensumfeld kennenzulernen. Die Reise habe ihm zu einem Verständnis verholfen, „das konkret und informativ war, urteilsfähig machte, die Tragweite der Konferenz erkennen ließ, Transparenz schaffte und den Kontext verdeutlichte“, sagte ein Teilnehmer.

Andere bezeichneten die Begegnungsprogramme als wichtigste Teile der Veranstaltung. Teilnehmende, die bis dahin mit Brasilien nicht vertraut waren, äußerten, dass ihnen der Runde Tisch sonst unverständlich geblieben wäre. Zudem konnten sich die Mitglieder der deutschen Delegation untereinander kennenlernen und austauschen, was ein geschlossenes Auftreten am Runden Tisch ermöglichte.

Nicht zu unterschätzen war die Bedeutung der Besuchsprogramme auch für diejenigen Basisgruppen, die am Prozess teilnahmen, aber aufgrund der begrenzten Plätze keinen Delegierten zum Runden Tisch schicken konnten.

Auch für die brasilianischen Partnerorganisationen war das Vorprogramm von Nutzen: Der Besuch der offiziellen deutschen Delegation bei den betroffenen Menschen betonte die Bedeutung der vor Ort geleisteten Arbeit. Für manche Einwohner war es „der erste Besuch wichtiger Leute, die die Zeit mitbrachten, mit uns über unsere Probleme zu sprechen“. Ihre Verhandlungsposition gegenüber offiziellen Stellen und Unternehmen wurde gestärkt.

Netzwerktreffen der tschadischen Zivilgesellschaft

verbunden waren. Zusätzlich wurde vor dem Internationalen Aluminium-Seminar im März 1999 in São Luis ein Exposure-Programm entlang der brasilianischen Produktionskette vom Bauxitabbau bis zur Gewinnung des Roh-Aluminiums angeboten.

Den Teilnehmenden der Besuchsprogramme wurde das große Engagement der Basisgruppen deutlich, die aktiv an der Gestaltung ihrer Zukunft mitwirkten und kleine Fortschritt erzielten. Andererseits lernten die Reisenden die engen Grenzen dieser Selbsthilfeansätze kennen, die durch die strukturellen Rahmenbedingungen gesetzt wurden. Die positive Bewertung der Besuchsprogramme durch die Teilnehmenden zeigt deutlich, dass sie ein wichtiges Element im Dialogprozess darstellten.

Delegationsreisen zusammen mit Gewerkschaften, Kirchen und Nichtregierungsorganisationen in die Abbauregion im brasilianischen Amazonas förderten auch das Verständnis der Industrie für die Probleme der lokalen Bevölkerung. Während einer Reise mit Vertretern der Aluminiumindustrie im November 1995 wohnten die Teilnehmenden in der Nähe der oder bei den betroffenen Einheimischen. Dies sorgte besonders bei den Industrievertretern für neue Einblicke in das Leben der lokalen Bevölkerung.

Generell ermöglichen Exposure- und Austauschprogramme – auch mit Vertretern von Wirtschaft und Politik – ein vertieftes Problemverständnis und erhöhen das Engagement der Teilnehmenden für den Dialogprozess. Sie sollten allerdings nur nach guter Vorbereitung mit allen Beteiligten durchgeführt werden. Die Menschen vor Ort erfahren eine Aufwertung ihrer Anliegen und werden zu weiterem Engagement motiviert. Wo Exposure-Programme nicht möglich sind, sollten Betroffene zu Tagungen und Dialogen eingeladen werden.

3.7 Internationale Netzwerkarbeit

Die enge Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren über Ländergrenzen hinweg war die Voraussetzung dafür, dass sich die Kampagnen- und Dialogprozesse überhaupt entwickeln konnten. Jedes der hier vorgestellten Beispiele wäre für eine einzelne Organisation zu groß gewesen. Erst durch die Netzwerkarbeit war es möglich, ausreichende Expertise aufzubauen, Informationen zu beschaffen und Lobbyarbeit in unterschiedlichen Ländern zu betreiben.

Kommunikation ist lebenswichtig

In der Arbeit zum Sudan, dem Tschad und der Carajás-Region waren eine intensive Kommunikation, schnelle Abstimmung und Entscheidungsfindung der Beteiligten von zentraler Bedeutung. Gute Kommunikation zu schaffen, ist ein Schlüsselelement für erfolgreiche Netzwerkarbeit. In den Beispielfällen wurden Koordinationsstellen eingerichtet, zu deren Hauptaufgaben die Kommunikation unter den Mitgliedern gehörte.

Wechselnde Funktionen von Netzwerken

Internationale Netzwerkarbeit setzt sich aber auch der Gefahr aus, dass fremde Interessen und Themen die Agenden der Partner bestimmen. Das gilt sowohl für Partner des Nordens als auch des Südens. Vor allem im Norden sind die Themen häufig konjunkturanfällig. Es ist schwierig, finanzielle Ressourcen zu mobilisieren, wenn ein Anliegen wenig öffentliche Aufmerksamkeit erhält. Auch zivilgesellschaftliche Organisationen wollen zudem sichtbar sein und nicht nur einem Netzwerk zuarbeiten. Dieser Zwiespalt zwischen Eigendarstellung und Netzwerkarbeit ist schwer zu lösen.

Der Fokus der Netzwerkarbeit verschiebt sich mitunter im Laufe der Zeit. Besonders deutlich wird dies am Beispiel Sudan. Als sich nach Friedensverhandlungen wieder die Möglichkeit bot, in den Sudan zu reisen und Workshops zu organisieren, entwickelte ECOS einen Arbeitsbereich „Dienstleistung für die sudanesische Zivilgesellschaft im Bereich Erdöl". Ziel war es, die Kenntnisse der Zivilgesellschaft über Erdölförderung, Auswirkungen und Unternehmensdialog zu verbessern. ECOS stellte Studien zur Verfügung, organisierte Konferenzen und Workshops zu Themen und Methoden, erarbeitete Dokumente für die Lobbyarbeit und ging gezielt auf die Bedingungen der neuen Regierung im Süden des Landes ein.

Unter anderem damit hatte sich ECOS von einer Kampagnenkoalition zu einer Recherche- und Politikberatungsstruktur von Pax Christi gewandelt. Während für die anderen Mitglieder der Koalition die Bedeutung der ECOS-Arbeit abnahm, blieb sie für Pax Christi weiter von größter Bedeutung. Innerhalb der Koalition kam es zu neuen Konflikten, weil nun einzelne Mitglieder eigene Initiativen und Projekte zur Erdölindustrie im Südsudan ohne Absprache mit anderen starteten.

Aber nicht nur die Aufgaben wandelten sich, auch die Arbeitsverteilung innerhalb der Netzwerke änderte sich. Die AG Tschad fungierte früher als flexible Struktur. Die Mitglieder blieben hinsichtlich des Erdölprojektes eigenständig. An die Koordination wurden nur begrenzte Aufgaben delegiert, die vor allem im Informationsaustausch und einigen Serviceleistungen für die Mitglieder bestanden. Brot für die Welt war beispielsweise stark inhaltlich und personell engagiert. Jedoch änderte sich dies mit der Zeit: Immer mehr Aufgaben wurden an die Koordination weitergereicht, während sich die Organisationen zurückzogen.

Im Falle des Sudan führte das dazu, dass Pax Christi Niederlande die Arbeit zum Schluss fast im Alleingang erledigte. Bereits 2005 erschien den meisten internationalen NGOs die internationale Kooperation eher als Kür denn als Pflicht. Trotz verschiedener Konferenzen und Treffen haben sich seitdem keine ernsthaften und nachhaltigen Kooperationen zur Erdölindustrie mehr entwickelt. Im Gegenteil: Es kam zu Konkurrenz, Intransparenz und Duplikation von Initiativen, was die Arbeit von ECOS erheblich erschwerte.

Die Kontinuität der Arbeit zu Carajás konnte demgegenüber über ein Jahrzehnt aufrechterhalten werden. Die Mitglieder der Fachgruppe in Deutschland beteiligten sich während des gesamten Zeitraums am Nord-Süd-Dialog. Die Kontinuität in der Zusammensetzung der Fachgruppe trug wesentlich dazu bei, Vertrauen aufzubauen. Allerdings stellte die Beendigung der Mitarbeit der GKKE eine Zäsur dar. Danach war es nicht mehr möglich, die Arbeit mit derselben Intensität fortzuführen.

Die internationale Netzwerkarbeit bildete den Kern aller hier untersuchten Fälle. Diese Tätigkeiten hatten eine hohe Dynamik, solange die beteiligten Nichtregierungsorganisationen sie als strategisch wichtig einschätzten und sich Personen mit unterschiedlicher Expertise beteiligten. Von Brot für die Welt nahmen Mitarbeitende aus verschiedenen Referaten teil. Im Laufe der Zeit gab man jedoch immer mehr Aufgaben an die jeweilige Koordination ab. Dies führte in kritischen Situationen dazu, dass Aktivitäten nicht mehr von allen getragen wurden und kaum noch Synergien zwischen den Beteiligten geschaffen werden konnten.

Diese Probleme hatten mehrere Ursachen. Zum einen sind die Anforderungen der Projektarbeit an die Mitarbeitenden der Werke massiv gestiegen. Deshalb blieb kaum noch Zeit, inhaltlich zu arbeiten. Zum anderen verschob sich der Schwerpunkt in den Werken von konkreter Fallarbeit zu übergreifenden Themen.

3.8 Arbeitsteilung und Risikomanagement

Die Arbeit zu Rohstoffen ist relativ bequem, solange sie auf Trainings, Konferenzen und Bewusstseinsbildung begrenzt bleibt. Die fallbezogene Arbeit hingegen ist häufig gefährlich – vor allem für die Partnerorganisationen vor Ort.

So hat ECOS in der Kombination von Kampagnenarbeit, Lobbyarbeit und Dialog mit der Wirtschaft eine Tiefe erreicht, die die Interessen der Unternehmen und der sudanesischen Regierung beeinträchtigte. Dadurch wurde das Engagement für die Organisationen und beteiligten Personen risikoreich. Aufgrund der Breite des Bündnisses war es jedoch möglich, arbeitsteilig vorzugehen. Man vereinbarte, wer welche Aktivitäten durchführt und öffentlich auftritt. So konnte das Risiko für die Partner vor Ort wenigstens etwas reduziert werden. Brot für die Welt und EED kooperierten so, dass eine intensive Mitarbeit bei ECOS möglich war und gleichzeitig potentiell gefährdete Partner und Programme geschützt wurden. Der Einbezug der Kirchen verlieh der Arbeit zusätzliches Gewicht.

In den intensiven Jahren der internationalen Arbeit zum Tschad und Sudan entstanden ständig neue Situationen und Herausforderungen, auf die reagiert werden musste. Politik und Unternehmen fühlten sich durch die kritische Kampagne herausgefordert, was eine ständige Anpassung der Strategie verlangte. Gleichzeitig kam es zu brenzligen Situationen, in denen die Leitungsebenen der Werke risikoreiche Entscheidungen treffen mussten.

Die Arbeit zu Dialogprozessen muss also mindestens auf Abteilungsleitungsebene verankert sein. Das Beispiel Pax Christi zeigt, dass persönliches Engagement der Geschäftsführung der Sache dient. Aber auch die Organisation profitiert davon. Auf jeden Fall sollte es auf Leitungsebene eine Person geben, die so gut über den Prozess informiert ist, dass eine regelmäßige strategische Diskussion möglich erscheint.

Gleichzeitig existierten der Wille zur Veränderung und die Hoffnung, dass Veränderung möglich ist. Daraus ist Verantwortung für den Prozess erwachsen. So entstand die Bereitschaft, Zeit zu investieren, gemeinsam nachzudenken, zu lernen und politisches Bewusstsein für die konkreten Zusammenhänge im Sudan zu entwickeln.

Doch die Bereitschaft, Zeit in diese fallbezogenen Prozesse zu investieren, hat mittlerweile abgenommen – unter anderem durch den Druck, eine größere Anzahl von Projekten zu bearbeiten.

Angesichts der langen Laufzeiten von Rohstoffprojekten sollten sich die Beteiligten von Netzwerken auf eine langfristige Zusammenarbeit einstellen. Auch Entwicklungsorganisationen müssen in der Verantwortung bleiben und die klassische Rollenverteilung zwischen Geldgebern und Durchführern überwinden. Eine Kooperation über lange Zeit zu erhalten, ist nicht selbstverständlich, sondern bedarf reflektierter und dauerhafter Anstrengungen. Dialoge brauchen einen langen Atem. Die benötigte Dauer von Dialogprozessen variiert je nach Thema, Zielsetzung und Rahmenbedingungen. Projektlaufzeiten sind nicht identisch mit der Dynamik von Dialogprozessen.

Die untersuchten Prozesse haben sich in Phasen mit unterschiedlichen Schwerpunkten und Strukturen entwickelt. Um Langfristigkeit zu sichern, muss immer wieder analysiert werden, welche Herausforderung jeweils aktuell ist, wodurch neue Dynamiken entstehen, welcher Schwerpunkt zu setzen und wie die Arbeit aufzuteilen ist. Gelingt dies, lassen sich Prozesse fortsetzen. Wenn nicht, brechen sie ab.

3.9 Langfristiges Engagement

Kampagnen- und Dialogprozesse zu extraktiven Projekten brauchen Zeit. Bergbau- oder Erdölvorhaben haben meist eine Laufzeit von mehr als 30 Jahren. Der Abbau verursacht langfristige Auswirkungen für die Bevölkerung. Eine ernsthafte Begleitung durch Nichtregierungsorganisationen muss daher langfristig angelegt sein.

Im Sudan war dies klar. Erdöl im Sudan wurde um das Jahr 2000 als eine Herausforderung wahrgenommen, die genaue Analyse, strategisches, hochdynamisches Arbeiten und die Kooperation mit anderen Akteuren notwendig machte. Alle Beteiligten wussten, dass es für die Arbeit zum Erdöl im Sudan keine Blaupause gab.

Kapitel 4
Schlussbetrachtung

Haben sich all die Mühen gelohnt? Hätten sich die Beteiligten auf die langwierigen und aufreibenden Dialogprozesse eingelassen, wenn ihnen das Ausmaß der Arbeiten und Schwierigkeiten vorher bekannt gewesen wäre? Aber existierte überhaupt die Option, einfach nichts zu tun?

Wohl nicht. Denn die Entscheidungen, die Herausforderung anzunehmen, fielen in Kairos-Momenten. Martin Petry, Autor der Auswertungen zu den zivilgesellschaftlichen Dialog- und Kampagnenprozessen im Tschad und Sudan, sagt: „Kairos-Momente kann man nicht schaffen. Man kann sie aber wahrnehmen, wenn sie sich ergeben. Verstreichen lassen darf man sie nur um den Preis des schlechten Gewissens."

Ein solcher Moment war gekommen, als man entschied, ECOS zu gründen. Die Situation im Sudan ließ kaum eine andere Wahl. Infolge der Erdölproduktion verschärfte sich der Krieg. Gleichzeitig interessierte sich eine vergleichsweise große internationale Öffentlichkeit für das Leiden der Menschen in dem afrikanischen Land. Die sudanesischen Kirchen forderten ihre nördlichen Partnerorganisationen auf, etwas zu unternehmen. Die Intervention erschien auch deshalb aussichtsreich, weil ein funktionierendes, internationales, ökumenisches Netzwerk bereit war, in die Verantwortung zu gehen.

Ähnlich in Brasilien: Nach der Militärdiktatur herrschte die einmalige Situation, die Umwelt- und Sozialbedingungen in der Eisenerz- und Aluminium-Produktion entlang der gesamten Lieferkette – in Brasilien und in Deutschland – zu diskutieren. Damit ermöglichte der Dialogprozess einen großen Fortschritt der Debatte – zu einer Zeit als die Verantwortung der Firmen für ihre Lieferketten noch nicht in den OECD Leitsätzen zu multinationalen Unternehmen oder den UN-Prinzipien zu Wirtschaft und Menschenrechten verankert war.

Hilfswerke wie Brot für die Welt müssen sich die Fähigkeit erhalten, solche Kairos-Momente wahrzunehmen. Sie dürfen nicht durch schwerfällige Strukturen, falsche finanzielle Prioritäten und die Ablehnung von Entscheidungsverantwortung zugeschüttet werden. Ihren Auftrag können die Hilfswerke nur erfüllen, wenn Unterstützung für Menschen, Gemeinschaften und Projekte in anderen Ländern im entscheidenden Moment möglich bleibt. Die Erfahrung sagt uns, dass Dauer, Aufwand und Ausgang der Prozesse zu Beginn nicht abschätzbar sind. Wenn ein Hilfswerk den Kairos-Moment aber nutzt, sollte es auch die Verpflichtung verspüren, die Partner über eine lange Strecke zu begleiten.

Brot für die Welt –
Evangelischer
Entwicklungsdienst

Caroline-Michaelis-Straße 1
10115 Berlin

Tel +49 30 65211 0
Fax +49 30 65211 3333
info@brot-fuer-die-welt.de
www.brot-fuer-die-welt.de